

INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 3/2023 • Reden mit der Republik • 9,90 Euro – 2728



Reden mit der Republik

Wie Deutschland die Zeitenwende debattiert

In Kooperation mit
zeitenwende
on tour



Liebe Leserin, lieber Leser,

Kommunikation ist im politischen Geschäft ein oft unterschätzter, zu wenig gebrauchter oder unzureichend definierter Muskel. Vermittlung und Erläuterung, Ausdauer und Geduld, Handwerk und Begeisterung: Kaum ein politisches Vorhaben kann ohne ausreichende Kommunikation akzeptiert oder sogar anerkannt werden – umgesetzt wohl schon, aber dann nur gegen viel mehr Widerstände, und das meint nicht nur Kritik, sondern Gegenbewegungen bis hin zum offenen Bruch.

Deutschlands Zeitenwende ist nach Russlands Überfall auf die Ukraine nicht immer gut kommuniziert worden. Sie wurde zunächst vom Kanzler „beobachtet“ (ausgerufen ja tatsächlich nie), später wurde sie als gegeben festgestellt; woraus sie aber besteht, und was sie doch sehr konkret mit dem Leben der Bürgerinnen und Bürger zu tun hat: Das zu erklären, das hat gedauert.

Dass diese Zeitenwende dann ausbuchstabiert worden ist, dass erläutert wurde, wie sie ins Werk gesetzt werden kann, das hat auch mit einem Projekt wie „Zeitenwende on tour“ zu tun. Raus aus Berlin, seinen oft geschlossenen Zirkeln und Blasen, rein ins Land und unters Volk. Demokratie ist auch Diskurs, ist Auseinandersetzung mit anderem Denken. Wer auf diesen Veranstaltungen der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) war, der hörte bohrende Fragen und kundige Antworten, erlebte ein Ringen um Verstehen und sehr viel Erklären: gute, gelingende Kommunikation eines wahrlich komplexen Inhalts. In Kooperation mit der MSC legt Ihnen die IP nun diese Sonderausgabe vor: Außen- und Sicherheitspolitik bestmöglich zu vermitteln, dieses Ziel eint uns. Sie werden spannende Erlebnisse von den Macherinnen und Machern der Reihe lesen, dazu wichtigen Rat aus dem Ausland und kluge Analyse – unter anderem von einem Ex-Bundespräsidenten mit scharfem Geschichtsbewusstsein und großer gedanklicher Klarheit.

In einer Zeit, die sich eigenartig schnell zu bewegen scheint, einen Epochenbruch durchzudenken und dessen Konsequenzen auch für sich selbst zu erfassen, das ist sehr viel. Wir hoffen, dass dazu sowohl dieses Heft wie auch das weiterlaufende Projekt der MSC einen Beitrag leisten können. Denn diese Wende wird bleiben, mit all ihren Folgen; es gibt noch sehr, sehr viel zu tun – und zu kommunizieren, das eben auch.


Martin Bialecki
 Chefredakteur



Veranstaltungsorte

- 1 Neuss** (23.9.2022)
- 2 Bonn** (23.9.2022)
- 3 Frankfurt/Main** (19.10.2022)
- 4 Mainz** (19.10.2022)
- 5 Furth im Wald** (24.10.2022)
- 6 Hamburg** (24.11.2022)

- 7 Leipzig** (31.1.2023)
- 8 München** (16.2.2023)
- 9 Wittenberg** (26.4.2023)
- 10 Braunschweig** (1.6.2023)
- 11 Gütersloh** (5.6.2023)
- 12 Bremerhaven** (9.6.2023)

- 13 Friedrichshafen** (24.6.2023)
- 14 Cottbus** (30.6.2023)
- 15 Völklingen** (11.7.2023)
- 16 Flensburg***
- 17 Berlin***

* Datum noch nicht bekannt

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen finden Sie hier:



Inhalt

Verteidigung, Diversifizierung, Resilienz

Warum die Zeitenwende-Debatte so wichtig ist und welche Veränderungen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig sind. Grußworte von Guntram Wolff, Stefan Mair und Hans-Peter Bartels

4

Das Projekt

Die Zeitenwende in den Köpfen

Mit dem „Zeitenwende on tour“-Projekt trägt die Münchner Sicherheitskonferenz die sicherheitspolitische Debatte in jedes Bundesland. Von Christoph Heusgen

8

Das neue Risikobewusstsein

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Deutschland ein Umdenken bewirkt, die öffentliche Meinung ist kein Bremsklotz mehr. Von Tobias Bunde

15

Perspektiven

Drei Säulen für ein neues Europa

Eine neue Sicherheitsarchitektur, die Verfolgung russischer Kriegsverbrechen und die Stärkung des Wertefundaments werden den Kontinent festigen. Von Dmytro Kuleba

22

Die Ukraine muss gewinnen

Gegen Russland setzt Deutschland auf eine Demonstration der Stärke. Von Boris Pistorius

26

Eine starke Verteidigung

Die Ambition der Bundesregierung, die Bundeswehr einsatzfähiger zu machen, ist genau richtig. In Zukunft wird das 2-Prozent-Ziel die Unter-, nicht die Obergrenze sein. Von Jens Stoltenberg

30

„Das ist ein Wandel, den hatte ich so nicht erwartet“

Über die Bedeutung des Meinungsumschwungs in Deutschland infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine, über den Realitätsverlust im Verhältnis zu Moskau und eine wehrhafte Demokratie. Ein Gespräch mit Joachim Gauck

33

Zeitenwenden in der Welt

Das Ende der Grauzonen

Finnland und Schweden erleben ihre eigenen Zeitenwenden und verstärken die NATO. Aber auch die Ukraine braucht nun eine echte Beitrittsperspektive. Von Minna Älander

42

Japans Transformation

Russlands Angriffskrieg beschleunigt Tokios Verteidigungsbemühungen und den radikalen Wandel seiner strategischen Kultur. Von Robert Ward

47

Nach der Zeitenwende ist vor der Zeitenwende

In naher Zukunft könnten KI-getriebene Systeme autonome Waffen steuern, Kämpfe in dicht besiedelten Gebieten der Normalfall sein. Deutschland ist darauf nicht vorbereitet. Von Nico Lange

52

Ausblick

Zeitenwende(n) ohne Ende

Deutschlands „Wort des Jahres 2022“ hat der verteidigungspolitischen Diskussion ein griffiges Narrativ gegeben. Der Wandel muss weitergehen – und die ihn begleitende Debatte ebenso. Von Benedikt Franke

57

Impressum

60



Verteidigung, Diversifizierung und Resilienz

Wer Freiheit und Wohlstand wahren will, muss zu deren Verteidigung bereit sein.

Guntram Wolff | Sicherheitspolitik betrifft uns alle. Wenn wir unsere Lebensbedingungen in Freiheit und Wohlstand bewahren wollen, müssen wir bereit sein, sie gemeinsam mit unseren internationalen Partnern zu verteidigen.

Zu dieser Verteidigungsbereitschaft gehört die Stärkung der Bundeswehr. Doch damit die Zeitenwende ein Erfolg wird, muss noch viel passieren. Das Beschaffungswesen ist immer noch zu bürokratisch und träge. In dieser Zeit großer verteidigungspolitischer Veränderungen auf dem gesamten europäischen Kontinent ist es von ebenso zentraler Bedeutung, den europäischen und transatlantischen Verbund weiter zu stärken. Deutschland muss mehr für die gemeinsame europäische Verteidigung tun, auch wenn der Weg dahin steinig ist.

Aber Zeitenwende betrifft nicht nur „harte“ Verteidigung.

Denn die Energiekrise des vergangenen Jahres hat uns gezeigt, wie einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten zu enormen ökonomischen und politischen Kosten führen. Es braucht wirtschaftliche Diversifikation durch mehr internationalen Wettbewerb.

Und es geht auch um Resilienz in der Bevölkerung. Um den Gefahren hybrider Kriegsführung, Desinformationskampagnen und populistischer Einflussnahme zu widerstehen, müssen wir eine lebhafte Debatte über Außen- und Sicherheitspolitik führen, die alle Menschen im Land erreicht – nicht nur die Hauptstadt. Dafür ist „Zeitenwende on tour“ ein wichtiges Format. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist durch ihre Regionalforen und die Junge DGAP schon lange breit in der Gesellschaft verwurzelt. Wir bauen unsere Regionalforen weiter aus, um die Bedeutung von Außenpolitik für unsere Freiheit und unseren Wohlstand noch deutlicher zu machen.

Dem Vorsitzenden der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, und seinem Team gebührt großer Dank für die gute Zusammenarbeit bei den vielen Veranstaltungen der „Zeitenwende on tour“. Das Projekt zeigt, wie wichtig zivilgesellschaftliche Arbeit gerade in diesen Zeiten ist, und unterstreicht unsere Rolle als Think-Tank in der außenpolitischen Debatte.

Dr. Guntram Wolff ist Direktor und CEO der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).



Gesellschaftlicher Rückhalt, breite Verankerung

Um erfolgreich zu sein, muss die Zeitenwende in der Gestaltung der deutschen Außenbeziehungen stärker zum Tragen kommen.

Stefan Mair | Die Zeitenwende war kein plötzliches Ereignis – weder im internationalen Umfeld Deutschlands noch in seiner Außenpolitik. Sie hatte sich schon lange angekündigt: durch den Verfall der regelbasierten Ordnung, die Verschärfung von Großmächte- und systemischer Rivalität. Zugleich setzte sich spätestens seit 2014 in der außenpolitischen Debatte die Forderung fest, Deutschland müsse mehr für seine eigene Sicherheit tun, Abhängigkeiten verringern und die internationale Ordnung aktiv gestalten.

So wenig wie die Zeitenwende über Nacht kam, so wenig lässt sich die Reaktion auf sie per Ankündigung verordnen. Das Bewusstsein, dass die Zeiten andere sind, von Deutschland höheren Aufwand, teilweisen Verzicht und größere Risikobereitschaft verlangen, muss sich

entwickeln. Hierzu leistet die „Zeitenwende on tour“ einen zentralen Beitrag – nicht indem sie in vielen Orten das Publikum über neue Notwendigkeiten belehrt. Sondern indem sie in Interaktion mit Bürgerinnen und Bürgern tritt, deren Bedenken und Einwände ernst nimmt, um sie dann in den politischen Prozess in Berlin einfließen zu lassen. Eine neue Außen- und Sicherheitspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie breiten gesellschaftlichen Rückhalt hat.

Allerdings reicht dies nicht für den Erfolg der Zeitenwende. Sie muss in der Gestaltung der Außenbeziehungen breiter verankert werden. Völlig offensichtlich ist dies in der Außenwirtschaftspolitik. Wenn von Unternehmen erwartet wird, zu diversifizieren und resilientere Wertschöpfungsketten zu bauen, um Abhängigkeiten zu verringern, muss dies von der Außenwirtschaftspolitik begleitet werden: durch den Abschluss von Freihandels- und Investitionsabkommen, durch das Eingehen von Klima-, Energie- und Rohstoffpartnerschaften, durch das Setzen, aber auch den Entzug von Anreizen.

Ähnliches gilt für die Entwicklungszusammenarbeit, die Auswärtige Kulturpolitik und andere Politikfelder. Auch bei ihnen muss die Überlegung im Vordergrund stehen, welche Rolle sie bei der Ausgestaltung der Zeitenwende spielen können.

Dr. Stefan Mair ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).



Die neue Wehrhaftigkeit der Demokratie

Deutschland muss auf alles gefasst sein und das Notwendige tun.

Hans-Peter Bartels | Wir seien nach dem Ende des Kalten Krieges in eine Zeit „strategischer Überraschungen“ eingetreten, sagt US-Admiral James Stavridis, ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber. Die Balkankriege, der 11. September 2001, der Arabische Frühling 2011, der entsetzliche Siegeszug der Terrorgruppe „Islamischer Staat“, Putins erster Ukraine-Krieg 2014 – all das bedeutete immer wieder Disruption, Krise, Verunsicherung der regelbasierten Weltordnung.

Eine Ära der Dauerkonfrontation zwischen militärisch hochgerüsteten Militärblöcken war 1990 mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteidiktaturen zu Ende gegangen. Die „Charta von Paris“ sollte das Gründungsdokument einer neuen Epoche der Kooperation und Partnerschaft werden. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Selbstbestimmung, freie Bündniswahl und Gewaltverzicht lauteten die Maximen dieser neuen Zeit, feierlich unterzeichnet

auch vom Präsidenten der damals noch existierenden Sowjetunion, Michail Gorbatschow. Russlands Präsident Boris Jelzin unterschrieb 1994 das „Budapester Memorandum“, das der Ukraine, Belarus und Kasachstan im Gegenzug für die Abgabe ihrer geerbten Atomwaffen nationale Souveränität und territoriale Integrität noch einmal zusicherte.

Diese Epoche ist spätestens seit dem 24. Februar 2022 Geschichte. Wohin die Zeitenwende, das neue Zeitalter von Konfrontation, Krieg und Atomschlagsdrohung uns führen wird, wissen wir nicht. Putins Überfall wie auch der erfolgreiche Widerstandswille der ukrainischen Bevölkerung gehören zu den „strategischen Überraschungen“, die sich so schwer vorhersagen lassen. Deshalb müssen wir auf alles gefasst sein und das Notwendige tun.

Eine neue Wehrhaftigkeit der Demokratien – nach außen und auch im Innern – ist heute das Gebot der Stunde, bei uns in Europa genauso wie im ostasiatischen Krisenraum. Darüber wird das öffentliche Gespräch zu führen sein. Sicherheitspolitische Bildungsarbeit und Diskussion ist seit 70 Jahren die selbstgestellte Aufgabe der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP). Darin unterstützen wir die Münchner Sicherheitskonferenz. Wehrhafte Demokratie ist zum neuen Megathema der Politik geworden, vielleicht für lange Zeit.

Dr. Hans-Peter Bartels ist Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP).



Das Projekt: „Zeitenwende on tour“



Über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sprechen, die Konsequenzen für Deutschland breit diskutieren – in Neuss und in Cottbus, in Flensburg und am Bodensee. Das steht im Kern der im Herbst 2022 gestarteten Veranstaltungsreihe, die auch ein gewandeltes Meinungsklima widerspiegelt.



Die Zeitenwende in den Köpfen

Mit „Zeitenwende on tour“ tragen die Münchner Sicherheitskonferenz und ihre Partner die außen- und sicherheitspolitische Debatte in alle Bundesländer – eine Investition in die Demokratie, die für das Gelingen des Umsteuerns mitentscheidend ist.

Von Christoph Heusgen

Mehr als ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine herrscht im Bundestag ein weitgehender Konsens, dass die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nicht bleiben kann, wie sie vor dem 24. Februar 2022 war. Liebgewonnene Überzeugungen wie „Wandel durch Handel“, der Wunsch nach vertrauensvollen Beziehungen mit Moskau und die Zurückhaltung bei der Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete wurden, für viele Beobachter innerhalb und außerhalb Deutschlands überraschend, zuerst hinterfragt und anschließend, in einem teilweise stockenden Prozess, in politische Maßnahmen übersetzt.

„Wir erleben eine Zeitenwende“, stellte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede am 27. Februar 2022 fest. In dieser Rede sagte er aber noch etwas anderes: „Ich weiß genau, welche Fragen sich die

Bürgerinnen und Bürger in diesen Tagen abends am Küchentisch stellen, welche Sorgen sie umtreiben angesichts der furchtbaren Nachrichten aus dem Krieg.“ Der Schluss der berühmt gewordenen Rede gleicht einem Appell: „Was von einem breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens getragen wird, das hat Bestand, auch in dieser Zeitenwende und darüber hinaus.“

Die Wochen nach der Rede waren dominiert von der Diskussion über das Sondervermögen für die Bundeswehr, die Debatte über die Lieferung von Kampfpanzern zur Unterstützung der Ukraine und die eilige Abkoppelung von russischem Gas. Eng begleitet wurde dieser Prozess von Meinungsumfragen, die sich mühten, die Stimmung der Bevölkerung abzubilden. Das Problem: Orientiert sich Politik in Detailentscheidungen an Umfrage-

werten, die wiederum abhängig von aktuellen politischen Entscheidungen sind, tritt die Debatte auf der Stelle. Um in einer repräsentativen Demokratie ins Handeln zu kommen, müssen die Volksvertreterinnen und -vertreter die Vor- und Nachteile nach bestem Wissen und Gewissen abwägen und auf dieser Grundlage Entscheidungen treffen. Sie können ihnen nicht abgenommen werden durch das Ergebnis einer Umfrage, dass eine knappe Mehrheit für oder gegen die Lieferung von Kampfpanzern ist. Meinungsumfragen können im Auslotungsprozess der Optionen ein Stimmungsbild vermitteln. Ein echter Austausch zwischen Politik und Gesellschaft, das Gefühl für die Bürgerinnen und Bürger, dass ihre Fragen und Sorgen gehört werden, entsteht dadurch aber nicht.

Ins Gespräch kommen

Die Münchner Sicherheitskonferenz setzte bereits im Herbst 2020 mit ihrem Report „Zeitenwende – Wendezeiten“ einen Impuls, um die Diskussion über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik neu zu entfachen. Mit der Übertragung eines Großteils der Debatten der traditionell im Februar in München stattfindenden Konferenz von Entscheidungsträgerinnen, Experten und Vertretern aus Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft ermöglicht sie einer breiten Öffentlichkeit die Teilhabe an den Diskussionen.

Angesichts der einschneidenden Veränderungen in Deutschlands internationalem Umfeld durch Russlands Angriff ist das aber nicht mehr genug. Viel zu stark hält sich noch der falsche Eindruck, die Diskussion außen- und sicherheitspolitischer Themen sei den Eliten in den Konferenzräumen weit entfernter Hauptstädte vorbehalten. Aufbauend auf den bisherigen Impulsen besucht die Veranstaltungsreihe „Zeitenwende on tour“ der

Die Kampagne ist Teil einer überfälligen Demokratisierung des sicherheitspolitischen Diskurses in Deutschland

Münchner Sicherheitskonferenz deshalb seit dem Sommer 2022 große und kleine Städte in allen 16 Bundesländern, um dort mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Bei Gesprächen der „Zeitenwende on tour“ in Furth im Wald, Neuss oder der Lutherstadt Wittenberg zeigt sich vor allem eines: Die Bürgerinnen und Bürger, die an den Diskussionen teilnehmen, sind umfassend informiert und interessiert. Mit ihren verschiedenen Formaten spricht die Kampagne gezielt unterschiedliche Bevölkerungsgruppen an.

Bei Schulbesuchen bekommen Jugendliche die Möglichkeit, in interaktiven Diskussionsformaten ihre Fragen zu stellen und ihre Erwartungen zum Ausdruck zu bringen. Im Rahmen von Workshops und Hintergrundgesprächen werden Kulturschaffende, Soldatinnen und Polizisten, Volkshochschulen und Journalistinnen in die Debatte eingebunden. Bei abendlichen Townhall-Diskussionen in zentralen Veranstaltungsorten der Städte bekommen bis zu 250 Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit zum Austausch mit vier bis sechs Panelistinnen und Panelisten aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und Medien. Livestreams der Veranstaltungen und digitale Sonderformate wie Twitter-Spaces und ein „Zeitenwende on tour“-Podcast erreichen regelmäßig über 1000 Personen.

Vom Wert dieses Austauschs profitieren dabei beide Seiten: Einerseits können



Dr. Christoph Heusgen
ist Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

die Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen, Sorgen und Anliegen direkt adressieren und erhalten eine umgehende, persönlich an sie gerichtete Antwort. Diese Kommunikation von Angesicht zu Angesicht ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Bemühungen nach echtem Austausch. Andererseits zeigt das Format den Expertinnen und Entscheidern auf dem Panel, wie wichtig den Bürgerinnen und Bürgern außen- und sicherheitspolitische Themen sind; oft werden diese in nachfolgenden Gesprächen vertieft. In gewisser Weise ist die Kampagne damit Teil einer überfälligen Demokratisierung des sicherheitspolitischen Diskurses in Deutschland.

Der deutsche Hang zu scheinbar endlosen Debatten über die Vor- und Nachteile einzelner Waffensysteme, die sich bei der Entscheidung über bewaffnete Drohnen über mehrere Legislaturperioden erstreckten, spiegelte sich auch nach dem 24. Februar 2022 in den detailfixierten Diskussionen über die Lieferung von Schützen- und Kampfpanzern an die Ukraine.

Dagegen zeigen die Gespräche der „Zeitenwende on tour“ deutlich: Die Fragen der Bevölkerung beziehen sich weniger auf Details wie die Reichweiten einzelner Waffensysteme, sondern auf die großen Linien der deutschen Sicherheitspolitik.

Erklären, aber auch zuhören

Welche Lehren zieht die deutsche Politik aus der Abhängigkeit von einem seit Jahren als autoritär und aggressiv gegenüber Nachbarn bekannten Russland für den Umgang mit China, beispielsweise demonstriert am Hamburger Hafen? Von welchen Lieferketten hängt der Wohlstand deutscher Unternehmen ab und zu welchem moralischen Preis, beispielsweise in Form von Menschenrechtsverletzungen in Produktionsländern, wird er erwirtschaftet? Wie kann

sich Deutschland als zuverlässiger Partner an der Seite seiner transatlantischen und osteuropäischen Alliierten positionieren? Aber auch: Welchen Beitrag muss Deutschland leisten, das wie wenige andere Staaten von der Einhaltung internationalen Rechts profitiert hat, um die regelbasierte internationale Ordnung zu stärken?

Der russische Angriff führte auch zu der schmerzhaften Realisierung, dass die Bundesrepublik sich zu lange naiv auf die Einhaltung internationalen Rechts verlassen und geglaubt hat, dass die weltweite Verbreitung von Menschenrechten, Pressefreiheit und Demokratie unausweichlich sei. Dessen ist sich die Bevölkerung bewusst: Kaum eine Townhall-Diskussion vergeht, bei der keine Variante der Frage „Wie sollen wir mit demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Ländern umgehen?“ gestellt wird.

*Immer wieder wird gefragt:
„Wie soll Deutschland mit
demokratie- und menschen-
rechtsfeindlichen Ländern
umgehen?“*

Als viertgrößte Volkswirtschaft weltweit hat Deutschland eine Verantwortung, in internationalen Organisationen, aber auch bei den eigenen Unternehmen für diese Werte zu werben. Darüber hinaus sollte Deutschland sich dauerhaft und glaubwürdig Staaten außerhalb der traditionellen transatlantischen Gemeinschaft zuwenden und mit Worten und Taten die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe signalisieren. Ausschließlich punktuelle Bemühungen um Unter-

stützung für eigene Vorhaben richten vor diesem Hintergrund mehr Schaden als Nutzen an.

Unabhängig davon, wie hehr die Ziele sind, beispielsweise die weltweite Wahrung der Menschenrechte, riskiert derartige Ad-hoc-Engagement in der Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung, aber auch international, die Glaubwürdigkeit des Interesses der Bundesrepublik an echter Zusammenarbeit zu untergraben. Deshalb ist eine Verkürzung der Zeitenwende-Debatte auf die überfälligen Investitionen in die Streitkräfte und Waffenlieferungen an die Ukraine falsch.

Der Zusammenhang von wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Faktoren sowie ethischen Überlegungen ist den Bürgerinnen und Bürgern dabei wohl bekannt: Durch gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise oder geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer in der Nachbarschaft sind sie unmittelbar und im Alltag mit den Auswirkungen von internationalen Entwicklungen konfrontiert.

Die Sorge vor der Bedrohung durch Russland und die Frage nach den Vorkehrungen des Bevölkerungsschutzes sind regelmäßig Teil der Diskussionsbeiträge der Bürgerinnen und Bürger. Entscheidend ist deshalb, die Bevölkerung an den angesichts der weltpolitischen Umwälzungen unweigerlich nötigen Veränderungen zu beteiligen, ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihre Fragen zu beantworten. Denn dass jede Entscheidung und jedes Zögern Konsequenzen hat, ist die unausweich-

liche Herausforderung menschlichen Handelns – und Alltag sowohl des Bundeskanzlers als auch der mittelständischen Unternehmerin.

Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Zustimmung die Grundlage, auf der politische Entscheidungen getroffen und Maßnahmen umgesetzt werden. Von ihr hängt nicht zuletzt Deutschlands Zuverlässigkeit bei der Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten ab. Je größer die potenziellen Auswirkungen dieser Entscheidungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger sind, desto wichtiger ist es deshalb, dass die Entscheidungsträgerinnen und Experten das Spannungsfeld, in dem ethische, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte verschiedener Handlungsoptionen abgewogen werden, offenlegen und einordnen.

Unterschiedliche Meinungen aushalten

Angesichts des mit der weltpolitischen Zeitenwende einhergehenden erhöhten Kommunikationsbedarfs gibt es jedoch Grund zum Optimismus. Die Gespräche der „Zeitenwende on tour“ zeigen: Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich beteiligen, das „Mindset“ der Zeitenwende ist angekommen.

Jetzt geht es darum, das begonnene Gespräch aufrechtzuerhalten. Besondere Bedeutung hat dabei die Meinungspluralität der Diskussionen. Die immer stärkere Polarisierung der Debatten und die Echo-kammern im sozialen Umfeld sowie im Internet, häufig angereichert durch Propaganda und gezielte Desinformationskampagnen, gefährden einen sachlichen, faktenbasierten Diskurs. Die Veranstaltungen der „Zeitenwende on tour“ verstehen sich deshalb auch als ein Beitrag zur deutschen Debattenkultur.

So treffen bei den Veranstaltungen regelmäßig Personen und Meinungen zur

*Manche wollen der Ukraine
Kampffjets liefern, manche
die Bundeswehr am
liebsten sofort abschaffen*

Sicherheitspolitik aufeinander, die sich im Alltag nicht austauschen würden: Verfechterinnen der Lieferung von deutschen Kampffjets an die Ukraine treffen auf Bürger, die die Bundeswehr am liebsten sofort abschaffen würden. Teilweise kommt es zu kurzen Wortgefechten, selten zu kleineren Protesten vor dem Eingang der Veranstaltungshalle. Das alles zeigt: Außen- und Sicherheitspolitik bewegt die Menschen. Gleichzeitig dürfen Meinungsfreiheit und -pluralität nicht als ein Recht auf Kritiklosigkeit missinterpretiert werden.

Eine sachliche Diskussion basiert darauf, dass die Beteiligten sich gegenseitig zuhören, respektieren und eine gemeinsame Faktenbasis teilen. Diese Voraussetzungen zu schaffen, liegt an allen Beteiligten. Das bedeutet auch, geduldig, aber deutlich zu widersprechen, wenn Verschwörungstheorien geäußert werden. Derartige Versuche der Einflussnahme kritiklos stehen zu lassen, bedeutet, sie zu tolerieren, und das spielt antidemokratischen Kräften wie Russland und China, aber auch radikalen Strömungen in Deutschland in die Hände.

Investition in die Demokratie

Um diese großen Aufgaben zu bewältigen, ist es außerdem unvermeidbar, die Palette der Orte sicherheitspolitischer Diskussion in Deutschland zu verbreitern. Ehrenamtliche Organisationen leisten seit Jahren bei dauerhaft knappen Budgets einen entscheidenden Beitrag dazu, dass an deutschen Hochschulen, aber auch in großen und kleinen Städten, außen- und sicherheitspolitische Veranstaltungen stattfinden. Fragen sie dafür Sprecherinnen und Sprecher an, erhalten sie oft Absagen: Der Weg von Berlin nach Südbayern ist zu weit, die Veranstaltung passt deshalb nicht in den Terminkalender. Da das Führen von Gesprächen und

das Fördern der Debatte mit der Bevölkerung bei den wenigsten wissenschaftlichen Institutionen zu den Kernaufgaben der Arbeit zählt, sind diese Termine durch die Expertinnen und Experten oft nur als „quasi Ehrenamt“ möglich.

Die Palette der Orte, an denen in Deutschland außen- und sicherheitspolitische Debatten stattfinden, muss sich verbreitern

Deswegen bedarf es der Unterstützung durch die Bundesregierung und politische Stiftungen. Es gilt, eine lebendige sicherheitspolitische Debatte zu fördern und unsere Demokratie gegen Desinformation und Polarisierung zu immunisieren.

Wenn die notwendigen Anpassungen Deutschlands an das veränderte weltpolitische Umfeld nachhaltig sein sollen, darf die Kampagne der „Zeitenwende on tour“ nicht die einzige ihrer Art bleiben. Denn damit der breite gesellschaftliche und politische Konsens, von dem Bundeskanzler Scholz in seiner „Zeitenwende-Rede“ am 27. Februar 2022 sprach, Bestand haben kann, bedarf es eines umfangreichen Engagements.

Zur Gestaltung der Zeitenwende in Deutschland gehören deshalb neben der Anschaffung von F-35-Kampfflugzeugen auch dringend notwendige Investitionen in eine möglichst inklusive gesellschaftliche Debatte über Außen- und Sicherheitspolitik. Mit der „Zeitenwende on tour“-Kampagne strebt die Münchner Sicherheitskonferenz danach, Impulse dafür zu setzen und ihren Beitrag zu einer lebendigen gesellschaftlichen Debatte zu leisten.

IP

»Die Lehre aus unserer Geschichte, in der wir aberwitzige Mörder waren, darf doch nicht sein, den anderen Mördern schweigend zuzuschauen.«

JOACHIM GAUCK
Bundespräsident a.D.

»Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. An dieser Haltung hat die Bundesregierung seit Beginn des Krieges keinen Zweifel gelassen.«

WOLFGANG SCHMIDT (SPD)
Bundesminister für besondere Aufgaben
und Chef des Bundeskanzleramts

»Es ist clever, sich bei Energieträgern nicht auf einige Staaten zu fokussieren, sondern viele Lieferanten aufzubauen – am besten gemeinsam als Europäische Union.«

VERONIKA GRIMM
Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre,
Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg

»Sei mutig wie die Ukraine. Das sagt man in Polen und anderen Staaten Mittelosteuropas. Wir müssen die Positionen dort ernster nehmen.«

FRANZISKA DAVIES
Osteuropa-Historikerin, Ludwig-
Maximilians-Universität München

»Sich in diese Abhängigkeit von einem totalitären Herrscher wie Putin zu bringen, war ein klarer Fehler. Das merken wir leider heute nicht nur hier in Deutschland, sondern darunter leidet auch die Ukraine.«

MERLE SPELLERBERG
MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Das neue Risiko- bewusstsein

Russlands Angriffskrieg hat einen Meinungsumschwung in der deutschen Öffentlichkeit bewirkt. Insgesamt zeigen die Umfragezahlen, dass die öffentliche Meinung kein Bremsklotz bei außen- und sicherheitspolitischen Veränderungen ist.

Von Tobias Bunde

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte seine historische Rede noch gar nicht gehalten. Aber eine gute Woche vor Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 war die Zeitenwende in meinem Berliner Corona-Testzentrum schon angekommen. Ich war dort, um für die unter Pandemiebedingungen stattfindende Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) noch einen PCR-Test machen zu lassen. Dass der drohende Krieg das bestimmende Thema in München sein würde, war offensichtlich. Dass das auch für das Testzentrum galt, überraschte mich. Aber der Mitarbeiter, der die Tests durchführte, fragte tatsächlich jede Person, die durch die Tür kam, ob sie glaube, dass Russland die Ukraine angreifen werde.

Wenige Tage später waren Fragen von Krieg und Frieden auf einmal so präsent in der Gesellschaft,

dass Eltern auf einmal ihren Kitakindern vermitteln mussten, warum ein gewisser Putin einen Krieg gegen die Ukraine führt und was das alles bedeutet. Seither sind die Zeitungen, Radiosendungen und Talkshows nahezu dominiert von außen- und sicherheitspolitischen Themen. Und das Interesse scheint anzuhalten.

Aber was genau hat sich seit dem Februar 2022 verändert? Gibt es auch so etwas wie eine Zeitenwende in der deutschen öffentlichen Meinung? Für eine definitive Antwort ist es noch zu früh. Wie verschiedene Meinungsumfragen aber nahelegen, hat die russische Invasion von 2022 – anders als frühere außenpolitische Weckrufe – zumindest zu einer veränderten Wahrnehmung von Risiken geführt.

Daten aus dem Munich Security Index, den die MSC jedes Jahr mit einem Team von Umfrage-

experten der Kommunikationsagentur Kekst CNC erstellt, zeigen, wie stark sich die Risikowahrnehmungen der Deutschen unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs verschoben haben. Der neueste repräsentative Index unterscheidet sich deutlich von den Ausgaben früherer Jahre. Er basiert auf Daten, die im Oktober und November 2022 erhoben und im Munich Security Report 2023 veröffentlicht wurden.

Die Befragten nehmen Russland als größtes Risiko wahr – mit einem Indexwert von 78 auf einer Skala von 1 bis 100. Dieser Wert ist seit November 2021 um 25 Punkte gestiegen; im November 2020 lag Russland mit einem Wert von 53 noch auf Platz 18 der Risiken. Gemeinsam mit dem Indexwert für das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen durch einen Aggressor ist dies die größte Steigerung unter den 32 abgefragten Risiken. Auch die Indexwerte für die Risiken eines Einsatzes biologischer (+20) und chemischer (+20) Waffen durch einen Aggressor, einer Wirtschafts- und Finanzkrise im eigenen Land (+18) oder einer Nahrungsmittelknappheit (+18) verzeichnen außergewöhnlich hohe Steigerungen – allesamt nachvollziehbare Reaktionen auf die Nachrichtenlage.

Gleichzeitig gibt es nur wenige Risiken, deren Bewertung deutlich gesunken ist. Mit Ausnahme der Corona-Pandemie (-29) bleiben die meisten Risiken auf einem ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren. Da die in den vergangenen Jahren dominierenden Umwelt- und Klimarisiken nur unwesentlich geringer eingeschätzt werden, spiegelt der neue Index das neue Risikoempfinden der Bevölkerung wider, die sich weiterhin massiven nichttraditionellen Sicherheitsrisiken gegenüber sieht, nun aber auch mit der Rückkehr klassischer militärischer Bedrohungen zu kämpfen hat. Auch das erscheint angesichts der klimapolitischen Herausfor-

derungen, die sich bereits heute täglich in Nachrichtenmeldungen niederschlagen, nur allzu nachvollziehbar.

Angesichts der vorherrschenden, deutlich erhöhten Risikowahrnehmung ist es nicht überraschend, dass nur 12 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, dass die Welt in einem Jahrzehnt sicherer sein wird; eine Mehrheit (55 Prozent) widerspricht. Damit sind die Deutschen auch im internationalen Vergleich pessimistisch.

Zwei Drittel sehen eine Zeitenwende

Die Zeitenwende schlägt sich also deutlich in veränderten Risikowahrnehmungen der Bevölkerung nieder. Fragt man direkt nach der Bedeutung der russischen Invasion, stimmen etwa zwei Drittel der Deutschen der Aussage zu, dass die russische Invasion der Ukraine eine Zeitenwende für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik markiert. Weniger als ein Zehntel der Befragten widerspricht.

Nach Verkündung der Entscheidung gab es klare Mehrheiten für die Lieferung von Leopard-Panzern

Zwar wird der russische Angriffskrieg auch in anderen Ländern als weltpolitischer Wendepunkt begriffen. In Deutschland aber geht die Erschütterung besonders tief, hatte man es sich doch besonders gut in den Bedingungen der „Post-Cold War Era“ eingerichtet. Diese durch viele sehr positive Entwicklungen geprägte Epoche ist vermutlich besser als eine weltpolitische Ausnahmephase zu verstehen.

Umso krasser ist die Wahrnehmung eines echten Epochenbruchs in Deutschland. Oder wie es Bundeskanzler Scholz

im Bundestag formulierte: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.“ Interessanterweise besteht auch über die Parteigrenzen hinweg weitgehende Einigkeit, dass sich derzeit grundsätzliche Rahmenbedingungen verschieben. Nur bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD ist immerhin etwa ein Fünftel (19 Prozent) der Auffassung, dass der russische Einmarsch keine Zeitenwende für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet.

Was aber folgt aus diesem weitgehenden Konsens, dass die Welt nach der russischen Aggression eine andere ist? Dass die Bevölkerung eine Zeitenwende wahrnimmt, muss schließlich nicht unbedingt heißen, dass eine Mehrheit nun auch bereit ist, über die Anpassung der finanziellen Mittel oder der außenpolitischen Instrumente nachzudenken. In der Vergangenheit haben führende Politikerinnen und Politiker immer wieder darauf verwiesen, dass die Bevölkerung gewisse Entscheidungen nicht mittragen werde. So seien deutliche Steigerungen im Verteidigungshaushalt nicht vermittelbar. Die Deutschen seien generell pazifistisch und wollten am liebsten in Ruhe gelassen werden.

Diese Behauptungen waren schon lange fragwürdig. Aber die vergangenen anderthalb Jahre haben nun bewiesen, dass die Bevölkerung durchaus bereit ist, auch deutliche Veränderungen in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mitzutragen, wenn die Entscheidungen von der Politik erklärt und begründet werden. Viele der seit Kriegsbeginn getroffenen Entscheidungen wären noch 2021 als vollkommen unrealistisch abgetan worden.

Vorher Undenkbares ist nun möglich

Nehmen wir nur die weitreichende, wenn auch nicht grenzenlose Unterstützung für

Waffenlieferungen an die Ukraine. Noch wenige Wochen vor Kriegsbeginn zeigte sich die Bevölkerung in Umfragen sehr zurückhaltend – genau wie die politische Elite. Führende Politikerinnen und Politiker verstiegen sich in absurden Rechtfertigungen, die deutsche Geschichte stehe Waffenlieferungen entgegen. Ein Ergebnis waren die bald zum Symbol für eine aus der Zeit gefallene Sicherheitspolitik gewordenen 5000 Schutzhelme, die man der ukrainischen Armee überlassen wollte.

Doch kurz nach Kriegsbeginn hatten sich die Zahlen umgedreht, und die deutsche Bevölkerung war nun mehrheitlich der Auffassung, es sei richtig, das Opfer des Krieges auch mit Waffen zu unterstützen. Heute gehört Deutschland zu den wichtigsten militärischen Unterstützern der Ukraine – weit hinter den USA, aber auch mit weitem Abstand vor den meisten anderen europäischen Ländern. Wenn gleich eine kleine und laute Minderheit immer wieder ihren Protest kundtut, wird diese Politik von einem breiten Konsens in der Gesellschaft getragen.

Die Bereitschaft, frühere Positionen infrage zu stellen, zeigte sich vor allem bei den besonders heiklen Debatten. So legten die Umfragedaten schon lange vor der Entscheidung der Bundesregierung nahe, dass die Bevölkerung eine Lieferung deutscher Leopard-Panzer zumindest nicht grundsätzlich ablehnte. Unterstützer und Gegner hielten sich, mit leichten Verschiebungen je nach Datum und Fragestellung der Umfrage, doch meist die Waage – und das, obwohl die Bundesregierung sich überwiegend ablehnend zeigte und vor allem über die drohenden Risiken einer Lieferung sprach. Sobald Bundeskanzler Scholz nach Verhandlungen mit US-Präsident Joe Biden aber seine Entscheidung verkündet hatte, zeigte sich auch in den Umfragen eine klare Mehrheit für die



Dr. Tobias Bunde
ist Director of Research and Policy der Münchner Sicherheitskonferenz.

Lieferung von Kampfpanzern westlicher Bauart. Selbst die seit Jahren umstrittene Beschaffung eines Nachfolgers für die Tornado-Kampffjets ging nahezu geräuschlos über die Bühne – sogar mit dem Kauf des modernsten Flugzeugs für diese Aufgabe, der amerikanischen F-35, die auf Dauer Deutschlands Beitrag zur nuklearen Teilhabe der NATO sichern soll. Die Bevölkerung scheint also nicht der Bremsblock der deutschen Sicherheitspolitik zu sein, zu dem sie bis heute manchmal erklärt wird.

Wie weitreichend ist der Wandel?

Gleichwohl heißt das nicht, dass sich die generellen Einstellungen zur Außenpolitik deutlich und dauerhaft verändern und die Deutschen auf einmal so „ticken“ wie Amerikaner, Briten, Franzosen oder auch Deutschlands Nachbarn in Mittel- und Ost-

europa. Zwar hat sich die deutsche öffentliche Meinung in Bezug auf den Umgang mit Russland deutlich verschoben und unterscheidet sich nun kaum noch von anderen G7-Staaten. Während sich die Deutschen noch 2021 deutlich zurückhaltender zeigten, sind sie heute – ähnlich wie die Befragten in den anderen G7-Staaten – stärker bereit, sich ökonomisch und militärisch gegen Russland zu wenden. In der Debatte ist das lange vorherrschende Mantra, dass es Sicherheit in Europa nur mit Russland und nicht gegen Russland geben könne, der Aussage gewichen, dass es Deutschland und Europa heute „nicht um Sicherheit mit Putins Russland, sondern um Sicherheit vor Putins Russland“ gehen müsse, wie es Außenministerin Annalena Baerbock formuliert hat. Weniger als ein Fünftel (19 Prozent) der Befragten

Mit Beginn der russischen Invasion verschoben sich die Meinungen. Eine Mehrheit war nun dafür, dem Opfer des Krieges auch mit Waffenlieferungen zu helfen: Großdemonstration in Berlin am 27. Februar 2022.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

widerspricht der Aussage, dass Sicherheit in Europa nicht (mehr) mit, sondern nur gegen Russland geschaffen werden kann. Das heißt allerdings nicht, dass sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen mit der Aussage wohlfühlen würde. Zwar stimmen 47 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Sicherheit nur gegen Russland geschaffen werden könne. Ein Drittel aber mag weder zustimmen noch widersprechen.

Mit Blick auf China zeigt sich, dass die Deutschen zwar kritischer geworden sind, beim Umgang mit Peking aber (wie auch die Franzosen und Italiener) weiterhin deutlich zurückhaltender als die Befragten in den anderen G7-Staaten sind. Allerdings geben viele an, dass sie seit Russlands Krieg auch anders auf China schauen. Hier ist einiges in Bewegung geraten, und bei vielen grundsätzlichen Fragen scheint die Bevölkerung noch auf der Suche nach der richtigen Antwort zu sein. Bei einigen Fragen scheuen viele eine klare Antwort, entscheiden sich stattdessen für „weiß nicht“ oder allenfalls dafür, dass sie „eher“ für dies oder jenes seien. Wer wollte es den Befragten verdenken? Der Politik geht es schließlich nicht anders.

Die außenpolitische Debatte nach dem Ende der alten Gewissheiten, die die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung prägten, hat jedenfalls erst begonnen. Sie ist nötig, weil wir uns bislang in erster Linie mit den Symptomen der neuen Zeit, weniger mit ihren Ursachen beschäftigt haben. Die Zeitenwende hält aber sehr grundsätzliche Herausforderungen bereit. Dass Außenpolitik heutzutage alle angeht und fast alles betrifft, ist eine Binsenweisheit – aber eine, deren Bedeutung gerade erst wirklich verstanden wird. Das Interesse, sich stärker als zuvor mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen auseinanderzusetzen, wie es sich auch im

Rahmen der „Zeitenwende on tour“ zeigt, scheint jedenfalls in der Bevölkerung zu genommen zu haben. Das ist eine gute Voraussetzung für eine aufgeklärte Debatte – und für die notwendigen Anpassungen an eine veränderte sicherheitspolitische Lage, die Deutschland noch einiges abverlangen werden.

Es mag sich erweisen, dass die durch den russischen Krieg ausgelösten Veränderungen als Reaktion auf ein spezifisches Ereignis eher von kurzer Dauer sind. Die bislang sichtbaren Verschiebungen in der öffentlichen Meinung suggerieren aber zumindest, dass sich die deutsche Politik in der Vergangenheit manchmal zu sehr hinter dem Argument versteckt hat, gewisse Entscheidungen seien der Bevölkerung grundsätzlich nicht vermittelbar. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass die größten Widerstände gegen eine Neuausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik eher im politischen Establishment zu finden sind.

Mitunter mag die Bevölkerung für bestimmte Entwicklungen sogar einen besseren Riecher haben als die Berliner Politikszene. Im Covid-Testzentrum war die Meinung eine Woche vor Kriegsbeginn jedenfalls geteilt. Der Mitarbeiter sagte mir zwar, die Menschen seien in den Tagen zuvor wieder etwas optimistischer geworden, aber etwa die Hälfte sei ziemlich durchgängig der Meinung, Putin werde den Befehl zum Angriff geben. Zumindest diese Hälfte war vielen in der deutschen Politik deutlich voraus. **IP**

Die im Artikel genannten Zahlen entstammen einer repräsentativen Umfrage für den Munich Security Index, die Kekst CNC im Oktober und November 2022 durchgeführt hat.

Weitere Informationen unter:
www.securityconference.org



Perspektiven: Deutschlands Verantwortung



Die von Bundeskanzler Olaf Scholz geführte Regierung will dafür sorgen, dass die Bundeswehr innerhalb der NATO „zum Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung“ wird, zur „am besten ausgestatteten Streitmacht in Europa“. Auch darüber hinaus sind die Anforderungen an Deutschland hoch.

Drei Säulen für ein neues Europa

Eine erneuerte Sicherheitsarchitektur, die Strafverfolgung der russischen Kriegsverbrecher und die Stärkung des Wertefundaments werden den Kontinent festigen.

Von Dmytro Kuleba

Der Großangriff Russlands auf die Ukraine hat Europa und die Welt erschüttert. Dieser Krieg wird die Zukunft Europas prägen und das Jahrhundert bestimmen. Die Machtverhältnisse werden sich verschieben, eine neue Sicherheitsarchitektur wird entstehen, das internationale Strafrecht wird vervollständigt und das moralische Fundament Europas gestärkt werden.

Die Dimension der Veränderungen ist klar, aber ob sie sich zum Besseren oder zum Schlechteren hin vollziehen, hängt von unserem heutigen Handeln ab, sowohl als Regierungen als auch als Gesellschaften. Die Zeitenwende zu durchleben bedeutet, Verantwortung für die Welt zu übernehmen, die wir unseren Kindern übergeben werden. Es gilt, schwierige Entscheidungen unter Bedingungen zu treffen, in denen die bisherigen Strategien gescheitert sind, halbherzige Maßnahmen zu kurz greifen und es wenig Zeit für gründliche Reflexion gibt.

Wir begrüßen die Veränderungen in der deutschen Haltung im Verlauf des vergangenen Jahres, einschließlich der Kehrt-

wende von Bundeskanzler Olaf Scholz in Bezug auf die militärische Unterstützung der Ukraine und des Eingeständnisses von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dass in der deutschen Russland-Politik Fehler gemacht wurden. Dies sind Schritte in die richtige Richtung und zeugen von Deutschlands Superpower – seiner Fähigkeit zur Selbstreflexion, zum Eingeständnis von Fehlern und zum Umsteuern.

Auf den Einstellungswandel müssen Taten folgen. Deutschland hat bereits entscheidende Schritte getan, beispielsweise indem es den EU-Kandidatenstatus für die Ukraine befürwortet und Leopard-Panzer geliefert hat. Wir sind Deutschland für seine Unterstützung außerordentlich dankbar. Zwei weitere zentrale Entscheidungen, die getroffen werden müssen, sind die Festlegung eines klaren Weges zur Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und die Einrichtung eines Sondertribunals für die Straftat der militärischen Aggression.

Der Sieg der Ukraine im Krieg, seine Mitgliedschaft in NATO und EU und das Urteil des Sondertribunals werden eine neue europäische Realität schaffen.



Dmytro Kuleba
ist Außenminister
der Ukraine.

Wenn alle drei Säulen stehen, wird Europa ein Kontinent des Friedens sein, gestützt auf starke Verteidigung und Abschreckung statt auf Entwaffnung und Appeasement. Es wird ein Kontinent des Wohlstands sein, gestützt auf intensivere und vielfältigere wirtschaftliche Verbindungen nach Asien und Afrika statt auf politische Korruption mit Russland. Es wird ein Kontinent der grünen Energie statt der Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen und Atomenergie sein. Schließlich wird Europa ein Kontinent der Gerechtigkeit sein, auf dem der größte Angriffskrieg des 21. Jahrhunderts nicht nur scheiterte, sondern auch verfolgt und bestraft wurde.

In diesem Sinne bildet die Zeitenwende einen Übergang von der Vergangenheit zu dieser neuen Wirklichkeit – und keinen Endpunkt. Es ist wichtig zu verstehen, welche Faktoren uns in diese schwierige Zeit geführt haben, und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Deutsche Irrtümer

Russlands völkermörderischer Krieg gegen die Ukraine hat seine Ursprünge in der Vergangenheit. Wladimir Putins Russland ist nicht über Nacht zu dem aggressiven, revanchistischen Regime geworden, das es heute ist. Dem Krieg gingen Jahre voraus, in denen Freiheiten innerhalb Russlands unterdrückt wurden, Jahre der toxischen Propaganda gegen die Ukraine und den Westen. Jahre der Blindheit im Westen, was den wahren Kurs Russlands

betraf – begründet in dem Wunsch, mit Russland wie bisher Geschäfte tätigen zu können. Nicht zuletzt waren es Jahre, in denen die Warnungen der Ukraine und anderer mitteleuropäischer und baltischer Staaten mutwillig ignoriert wurden.

Auch die Ukraine trägt einen Teil der Verantwortung, unter anderem durch ihren außenpolitischen Zickzack-Kurs, dem Mangel an entschlossener Transformation und der Schwächung des Militärs während der 2000er Jahre. Doch ist die Ukraine 2014 aufgewacht und seither zu keiner Zeit wieder eingeschlafen, während eine Reihe europäischer Regierungen und Eliten die Augen weiterhin vor den wahren Absichten Russlands verschlossen hielten. Nord Stream 2 und andere falsche Entscheidungen, die unter dem Deckmantel „wirtschaftlicher“ Ziele getroffen wurden, nährten das russische Monster weiter. Über die Jahre summierten sich die strategischen Fehler, bis zu jenem dunklen Morgen des 24. Februar 2022, als das Böse seine geballte Kraft gegen die Ukrainer entfesselte.

Die traurige Wahrheit ist, dass dies Russlands und nicht Putins Krieg ist. Gewöhnliche Russen unterstützen mit überwältigender Mehrheit das Vorgehen ihres Präsidenten. Putin und seine Generäle geben die Befehle, aber es sind gewöhnliche Menschen aus ganz Russland, die unschuldige Ukrainer in Butscha, Irpin, Isjum, Mariupol und anderen vom Krieg verwüsteten ukrainischen Städten und Ortschaften abgeschlachtet haben.

Wie kam es dazu, dass die Russen zu treuen Befürwortern und Vollstreckern eines Völkermords wurden? Wir sollten es klar aussprechen: Das Naziregime und Putins Russland unterscheiden sich, und Ersteres war auf einzigartige Weise böse. Aber die Antriebskräfte, die die Köpfe der Menschen mit giftigem Hass füllen, ähneln sich. Im Falle Russlands entstanden

*Dem Krieg gingen Jahre
der Blindheit voraus,
was den wahren Kurs Russ-
lands anbelangte*

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Kriegsverbrechen und Völkermord müssen geahndet werden: Das gezielt zerbombte Theater in Mariupol, in das sich, wie die kyrillische Aufschrift („Kinder“) besagte, Hunderte Zivilisten geflüchtet hatten, April 2022.

sie unmittelbar aus der fehlenden Vergangenheitsbewältigung.

Das totalitäre sowjetische Regime unterschied sich in seinen Methoden nicht vom Naziregime. Aber anders als die Generationen von Deutschen, die sich der historischen Schuld stellten und ihre kollektive Erinnerung aufarbeiteten, haben Millionen Russen das versäumt. Die Verbrechen der Stalin-Zeit sind in Russland niemals wirklich verurteilt, geschweige denn strafrechtlich verfolgt worden. Und was noch abstoßender ist: Stalin wurde verherrlicht, die Menschen legten Blumen an seinen Denkmälern ab. Es wurden Bücher veröffentlicht, die Stalin als „effektiven Manager“ feierten, der den Krieg gewann, wobei der unmenschliche Preis dieses Sieges ignoriert wurde. Wenn es um die Haltung zu Stalin ging, gab es immer schon große Unterschiede zwischen Russen und Ukrainern, die unter seinem Regime furchtbar zu leiden hatten, einschließlich des Völkermords Holodomor von 1932 bis 1933.

Die Weigerung Russlands, sich seiner Vergangenheit zu stellen, hat verzerrte historische Narrative entstehen lassen. Putin hat den Sieg der alliierten Nationen über den Nationalsozialismus zu einem Sieg Russlands privatisiert und in ein ideologisches Werkzeug seines Regimes verwandelt. Statt der Opfer des Krieges zu gedenken, schuf die russische Propaganda einen bizarren Kult. An die Stelle des weltweit akzeptierten Mottos „Nie wieder“ setzen die Russen den Spruch: „Wir können das wiederholen“ und stellen Parallelen zwischen Putins Militarismus und den „Taten der Großväter“ her.

Es ist schmerzhaft, dass Europa das Entstehen eines neuen Faschismus verschlafen hat. Zum Glück erkennen immer mehr, was Russland tatsächlich ist, und die internationale Gemeinschaft reagiert angemessen. Anders als in den 1930er Jahren ist die Welt zur Besinnung gekommen und unterstützt die Ukraine tatkräftig, auch mit militärischer Hilfe, der Verhän-

gung von Sanktionen, der Isolierung Russlands und der Gewährung humanitärer und finanzieller Hilfe.

Dieses Mal weiß die Welt, dass die russische Aggression scheitern muss und dass die Ukraine als die sich verteidigende Nation gewinnen muss, damit der Krieg dort aufhört, wo er angefangen hat, und nicht auf andere Nationen übergreift.

Die Zeitenwende wird uns nur dann zu einer neuen Wirklichkeit des strategischen Friedens und des Wohlstands führen, wenn Deutschland und andere Nationen nicht zulassen, dass der Konflikt eingefroren wird, und sie stattdessen die Ukraine so lange unterstützen, bis der letzte russische Soldat vom letzten Quadratmeter ihres international anerkannten Territoriums abgezogen ist.

Der Sieg von Frieden und Gerechtigkeit

Die entsetzlichen Gräueltaten der Russen und der Schrecken eines aggressiven, ungerechten und unprovzierten Krieges sind eine blutende Wunde im Herzen Europas. Diese Wunde muss geheilt werden, und das einzige Heilmittel ist die Gerechtigkeit. Die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden, der Internationale Strafgerichtshof, der Internationale Gerichtshof und andere nationale und internationale Institutionen arbeiten daran, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zu ahnden.

Auch das Verbrechen der Aggression darf nicht ungestraft bleiben. Wladimir Putin und seine Entourage haben diesen Angriffskrieg angefangen. Dieses schwerste internationale Verbrechen birgt in sich das gesammelte Böse aller nachfolgenden Gräueltaten. Die Verurteilung dieses Verbrechens – zum ersten Mal seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen – wird das System des internationalen Strafrechts vervollstän-

digen und das moralische Fundament Europas verstärken. Deutschlands maßgebliche Stimme ist unverzichtbar, um ein arbeitsfähiges Sondertribunal zu schaffen.

Für die Ukraine bedeutet ein Sieg, ihre territoriale Integrität wiederherzustellen und die russischen Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen. Für Russland bedeutet eine Niederlage einen klaren Zusammenbruch seiner Invasionsstreitkräfte, was die Russen ernüchtern und wie ein Gegenmittel zur giftigen Propaganda wirken wird. Für den Westen bedeutet ein Sieg die Integration der Ukraine in die EU und die NATO, um Stabilität, Frieden und Gerechtigkeit auf dem europäischen Kontinent auf lange Sicht sicherzustellen.

Die Ukraine und Deutschland tragen eine besondere Verantwortung dafür, Moskaus revanchistischen Ehrgeiz zu beenden

Die Ukraine und Deutschland tragen besondere Verantwortung dafür, Moskaus revanchistischen Ehrgeiz zur Wiederherstellung des russischen Imperiums zu beenden. Erstens, weil unseren beiden Nationen die historische Aufgabe gemein ist, jede Art von Totalitarismus oder Revanchismus zu überwinden. Zweitens, weil es zum großen Teil Ukrainer und Deutsche waren, die im 18. Jahrhundert bei der Schaffung des russischen Reiches geholfen haben. Wir werden es auch sein, die Russlands heutigem imperialistischen Wahn ein Ende setzen werden.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

IP

Die Ukraine muss gewinnen Deutschland wird das angegriffene Land so lange unterstützen, wie es notwendig ist. Gegenüber Russland ist eine Demonstration der Stärke die richtige Antwort.

Von Boris Pistorius

Ich bin ein Kind des Kalten Krieges – aufgewachsen in einem Viertel Osnabrücks, in dem sich eine große britische Soldatensiedlung befand. Uniformen auf dem Schulweg waren für mich Alltag. Ich habe sie mit jugendlicher Ehrfurcht bewundert. Damals war die Bundesrepublik Deutschland NATO-Ostflanke. Diese Bedrohung war in meinem Elternhaus unterschwellig immer präsent. Die Erinnerungen an Panzer am Checkpoint Charlie und an die Kuba-Krise 1962 hatten sich eingebrannt. Später die sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen in Reichweite Westeuropas. Wie so viele deutsche Haushalte hatten wir stets Konserven und Vorräte für den Ernstfall im Keller.

Damals hat das NATO-Bündnis seine Ostflanke in meiner Heimat, in Deutschland gesichert. Die Uniformen auf meinem Schulweg waren ein Zeichen gelebter Bündnissolidarität. Amerikaner, Franzosen, Briten, Niederländer, Belgier, Kanadier – unsere Verbündeten haben die Sicherheit Deutschlands zu ihrer Sicherheit gemacht. Dafür bin ich dankbar. Und daher ist es für mich selbstverständlich,

dass wir Deutschen heute die gleiche Solidarität leben. Die Sicherheit des Baltikums und Polens und all unserer Verbündeten ist die Sicherheit Deutschlands. Vieles ist heute anders als im Kaltem Krieg. Die demokratischen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa – souveräne Entscheidungen demokratischer Staaten – haben dazu geführt, dass die Grenze des Bündnisses heute weiter im Osten verläuft.

Massive Bedrohung

Aber leider haben wir es wieder mit einer massiven Bedrohung unserer Freiheit und Sicherheit zu tun. Russland führt einen menschenverachtenden Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Ukraine. Und wenn es nach dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, ginge, dann wäre das nur der Anfang.

Russland darf und wird mit seinem Imperialismus und seiner Verachtung für das Völkerrecht und die internationale Friedensordnung keinen Erfolg haben. Und weil sich Präsident Putin weder mit diplomatischen Mitteln noch mit hartem wirtschaftlichem Druck zum Einlenken



Boris Pistorius
ist Bundesverteidigungsminister.

bewegen lässt, ist unsere Demonstration von Stärke die richtige Antwort.

Demonstration von Stärke: Das heißt zum einen, die Ukrainerinnen und Ukrainer in ihrer mutigen Selbstverteidigung zu stärken. Dafür stellen wir Waffen, Ausrüstung und Ausbildung. Deutschland liefert modernste Luftverteidigungssysteme, schwere Artillerie, Kampf- und Schützenpanzer und sehr viel mehr. Dringend benötigtes und hoch wirksames Gerät. Ich bin froh, sagen zu können: Deutschland ist einer der wichtigsten und führenden Unterstützer der Ukraine. Erst vor Kurzem haben wir dafür gesorgt, dass mehr dringend notwendige Munition an die Ukraine geliefert wird.

Anfang Februar war ich in Kiew. Ich habe mit fronterfahrenen Soldaten gesprochen, die zur Ausbildung am Leopard-Panzer nach Deutschland aufbrachen. Ihre schrecklichen Kriegserfahrungen konnte ich in ihren Gesichtern ablesen. Gleichzeitig habe ich gesehen: Ihre Moral ist ungebrochen. Ihr Einsatzwille und ihre Tapferkeit sind beeindruckend. Gegenüber Präsident Wolodymyr Selenskyj habe ich bekräftigt: Wir helfen so lange, wie es nötig ist. Im europäischen und transatlantischen Schulterschluss. Und ich habe deutlich gemacht: Die Ukraine muss diesen Krieg gewinnen.

Demonstration von Stärke: Das heißt zum anderen, die NATO-Ostflanke zu stärken, uns selbst zu stärken. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine hat das Bündnis schnell und entschlossen reagiert. Innerhalb kürzester Zeit standen

dem Alliierten Oberkommandeur 32 000 Bodentruppen, 140 Schiffe und 135 Flugzeuge zur Verfügung. Zusätzlich zu den 170 000 Soldatinnen und Soldaten, die bereits unter nationalem Kommando an der Ostflanke stationiert sind.

Das ist reale, ernstzunehmende Abschreckung. Wir können und wir werden jeden Zentimeter des Bündnisgebiets verteidigen. Gemeinsam erhöhen wir die militärische Präsenz entlang der gesamten Ostflanke. Zudem werden künftig 300 000 Soldatinnen und Soldaten als Schnelle Eingreiftruppe in erhöhter Alarmbereitschaft sein. Das ist der richtige Weg, den wir auf dem Gipfel in Vilnius fortsetzen werden. Dort aktualisieren wir unsere Verteidigungspläne. Und natürlich wird unser Fokus darauf liegen, die Ostflanke weiter zu stärken.

Von Europa muss mehr kommen

Ob im Kalten Krieg oder heute, ob in der alten Bundesrepublik oder jüngst im Baltikum oder Polen: Immer waren und sind die Vereinigten Staaten Garant für die europäische Sicherheit. Und ich bin dem amerikanischen Volk und Präsident Joe Biden zutiefst dankbar, dass er die transatlantische Solidarität mit Wort und Tat bekräftigt. Dies ist in gegenseitigem strategischen Interesse.

Aber klar ist für mich auch: Es muss mehr von Europa kommen, sehr viel mehr. Die Gleichung lautet für mich nicht „NATO oder EU“. Sie lautet „NATO und EU“. Genauer: ein stärkeres Europa für eine stärkere NATO. Deshalb war und ist ein zügiger Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO wünschenswert – um der Sicherheit unserer finnischen und schwedischen Freunde willen, aber auch im Sinne der Stärke des Bündnisses. Beide haben leistungsfähige Armeen: mit starken Seestreitkräften und modernen

*Die Zeitenwende muss
auch Motor für die gemein-
same europäische
Sicherheitspolitik sein*

Landstreitkräften, die gerade die Ostflanke sehr gut kennen.

Deutschland setzt sich dafür ein, die europäische Säule in der NATO zu stärken und die militärischen Kapazitäten und Fähigkeiten in der EU zu verstärken. Die Zeitenwende muss auch Motor für die gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein. Es geht in Europa darum, unsere gemeinsame Verantwortung in gemeinsame Kraft zu übersetzen: in stärker integrierte Verteidigungsanstrengungen; in militärische Mobilität, Logistik und Infrastruktur, gerade um künftige Truppenbewegungen von West nach Ost besser bewältigen zu können; und in mehr Rüstungs- und Beschaffungsk Kooperationen, wie etwa die deutsche Initiative zu einem europäischen Sky Shield. Oder wie der gemeinsame Bau von U-Booten durch Norwegen und Deutschland. Dazu gehört auch eine Rüstungsexportpolitik, die solche Kooperationen erleichtert.

Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler der europäischen Verteidigung. Schon heute schultern wir große Aufgaben: Deutschland ist zweitgrößter Truppensteller an der verstärkten NATO-Ostflanke. Wir sind führend bei der militärischen Unterstützung Litauens. Und wir leisten einen Beitrag zum Schutz kritischer maritimer Infrastruktur, zum Beispiel vor der norwegischen Küste. Ob Präsenz in der Ostsee, „Air Policing“ in Estland oder Übungen an der Ostflanke, zum Beispiel in Rumänien: Deutschland übernimmt Verantwortung. Und wir sind bereit, noch mehr Verantwortung zu übernehmen. Für uns ist Landesverteidigung gleich Bündnisverteidigung!

Wir haben das größte Ertüchtigungspaket in der Geschichte der Bundeswehr verabschiedet und in unserer Verfassung verankert: 100 Milliarden allein für unsere Streitkräfte. Wir werden die NATO-Fähig-

keitsziele erreichen. Bis 2025 werden wir der NATO eine komplette Heeresdivision einsatzbereit melden. Das ist unser Beitrag als Rahmennation, an den andere Länder andocken können. Wir bekennen uns klar zum 2-Prozent-Ziel. Sie alle wissen: Davon sind wir noch mehr als ein Stück entfernt. Ich werde hart daran arbeiten, dieses überfällige Ziel endlich zu erfüllen. Das ist mir ein besonderes Anliegen.

Unser Ziel ist eine moderne Allround-Armee, die ein starker militärischer Kooperations- und Anlehnungspartner ist. Das ist eine starke Antwort auf die Zeitenwende – und ein Versprechen für die Zukunft: Deutschland leistet einen substanziellen Beitrag zur militärischen Stärke Europas. Übrigens gilt das nicht nur für die Landes- und Bündnisverteidigung, sondern auch für das internationale Krisenmanagement. Und nicht nur für die Ostflanke, sondern ebenso mit Blick auf weitere Regionen, in denen Sicherheit und Ordnung unter Druck stehen – allen voran für den Indo-Pazifik.

Viele Deutsche wissen aus Erfahrung oder Erzählungen, wie es sich anfühlt, Ostflanke zu sein. Und viele Deutsche wissen, wie es ist, unter einem diktatorischen Regime zu leben. Viele Deutsche sind unglaublich dankbar für die militärische Unterstützung, die ihr Land und ihr Volk während des Kalten Krieges erhalten haben. Mögen deutsche Uniformen in Rukla, Sliač oder Zamość heute genauso gern gesehen sein, wie es britische Uniformen zu meiner Schulzeit in Osnabrück waren. Und mögen sie ihren Teil dazu beitragen, Freiheit und Demokratie in Europa zu bewahren.

IP

Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hielt diese Rede am 18. Februar 2023 auf der Münchner Sicherheitskonferenz.

» Wenn Medwedew uns mit Siegesparaden in Berlin droht, können wir nicht einfach den Koalitionsvertrag abarbeiten und uns auf Heizungen konzentrieren. «

RAINER HASELOFF (CDU)
Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt

» Die Bundesregierung muss dringend die strategischen Ziele unserer Ukraine-Politik klären. Wir müssen es aussprechen: Wir wollen, dass die Ukraine gewinnt. «

TERRY REINTKE
MdEP, Bündnis 90/Die Grünen

» Natürlich müssen wir einen Weg finden, in Zukunft mit Russland zusammenzuleben. Aber wie, das hängt davon ab, wie der Krieg in der Ukraine ausgeht. Und wir müssen uns nun darauf konzentrieren, dass die Ukraine den Krieg gewinnt. «

FRANÇOIS BAUSCH
Vize-Premier und Minister der
Verteidigung, Luxemburg

» Wir bleiben in der Ukraine zuversichtlich. Wie Furth im Wald (Drachenstich) haben auch wir es mit einem Drachen zu tun und wir werden ihn besiegen. «

ANDRIJ MELNYK
ehem. Botschafter der Ukraine
in Deutschland (2015–2022)

» So mancher, der wütend zum Kanzleramt ziehen will, sollte lieber vor der russischen Botschaft demonstrieren. Wir müssen schon klar machen, wer verantwortlich ist für den Krieg und die Krise. «

MICHAEL GAHLER (CDU)
MdEP, außenpolitischer Sprecher
der EVP-Fraktion

Eine starke Verteidigung

Die Bundeswehr schlagkräftiger und einsatzfähiger zu machen, ist der Schlüssel zu dauerhaftem Frieden und Sicherheit – für Deutschland, Europa und die NATO.

Von Jens Stoltenberg

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, der geostrategische Wettbewerb wird mit aller Härte geführt, und autoritäre Regime stellen die auf Regeln basierende internationale Ordnung offen infrage. Die Bedrohungen unserer Sicherheit haben sich vervielfacht, vom Terrorismus über Cyberangriffe und nukleare Weiterverbreitung bis zum Klimawandel. In solch kritischen Zeiten ist entschlossenes Handeln erforderlich.

Deutschlands Zeitenwende ist ein Beleg dafür. Die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022, zusätzlich 100 Milliarden Euro in die Verteidigung zu investieren, um die Bundeswehr zu modernisieren und u.a. neue Kampfflugzeuge, Schiffe, Panzer und U-Boote zu beschaffen, markierte einen historischen und mutigen Wendepunkt in der deutschen Verteidigungspolitik.

Mit der Ankündigung der Zeitenwende hat Deutschland angesichts der Bedrohungen, vor denen Europa steht, Führungsfähigkeit bewiesen. Ich gratuliere Bundeskanzler Scholz und Deutschland zu dieser historischen Entscheidung. Und ich zähle

auf Deutschland, auf Kurs zu bleiben und seinen Verpflichtungen nachzukommen, das Geld auszugeben und neue Fähigkeiten schnell zu beschaffen.

Als hochgeschätzter Verbündeter in der NATO und stärkste Volkswirtschaft Europas leistet Deutschland bereits einen großen Beitrag zu unserer gemeinsamen Sicherheit. Bei den Einsätzen und Operationen der NATO gehört das Land zu den größten Truppenstellern. Es führt die NATO-Battlegroup in Litauen, die zur Abschreckung möglicher Angriffe dient. Den schnellen Reaktionskräften der NATO stehen 15 000 deutsche Soldaten zur Verfügung – bereit, rasch überall dort eingesetzt zu werden, wo sie benötigt werden. Deutsche Kampfflugzeuge überwachen den Luftraum der NATO-Bündnispartner, und deutsche Schiffe spielen eine Schlüsselrolle bei unseren Einsätzen zur See.

Deutschland gehört zu den NATO-Verbündeten, die die meiste finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe für die Ukraine leisten. Dazu gehören Luftverteidigungssysteme, Kampfpanzer, Artillerie und Munition. Das ist wichtig,



Jens Stoltenberg
ist Generalsekretär
der NATO.

um das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung zu gewährleisten, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Es ist ein moralisches Gebot, die Ukraine gegen Russlands illegalen Angriff zu unterstützen.

Zugleich ist es für unsere eigene Sicherheit wichtig. Wenn Russlands Präsident Wladimir Putin in der Ukraine siegt, werden er und andere autoritäre Regime daraus die Lehre ziehen, dass sie die regelbasierte internationale Ordnung ungestraft verletzen und Gewalt einsetzen können, um ihre Ziele zu erreichen. Das würde unsere Welt noch gefährlicher und uns alle verwundbarer machen.

Auf lange Sicht investieren

Dass Europa heute wieder einen großen Krieg erlebt, zeigt deutlich, warum wir mehr in unsere Sicherheit investieren müssen. Eine starke Verteidigung gewährleistet unsere Sicherheit, die die Grundlage unseres Wohlstands und unserer Lebensweise ist. In einer gefährlicheren und unberechenbareren Welt müssen die NATO-Partner mehr in unsere Verteidigung investieren, damit unsere Nationen sicher sind. Deswegen erwarte ich, dass sich die Staats- und Regierungschefs der NATO bei ihrem Gipfeltreffen in der litauischen Hauptstadt Vilnius im Juli auf eine neue, ehrgeizigere Ausgabenverpflichtung einigen werden und 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Mindestausgabe für die Verteidigung festlegen. 2 Prozent sind die Unter-, nicht die Obergrenze.

*Das Ziel, 2 Prozent des BIP
für die Verteidigung auf-
zuwenden, ist die Unter-,
nicht die Obergrenze*

Wir müssen jetzt und auf lange Sicht investieren, weil sich die Sicherheitslage in Europa fundamental und dauerhaft verändert hat. Ungeachtet dessen, wann und wie der Krieg gegen die Ukraine endet, werden unsere Probleme mit einem russischen Regime, das Freiheit und Demokratie als Bedrohungen ansieht, fortbestehen. Und andere globale Herausforderungen werden ebenfalls unsere Aufmerksamkeit erfordern. Wir müssen diese Risiken nüchtern einschätzen und unsere Interessen definieren und verteidigen. Um die Sicherheit Deutschlands und Europas zu gewährleisten, erwarte ich von Deutschland, dass es die Zeitenwende umsetzt und seinen politischen Verpflichtungen Taten folgen lässt.

In diesen herausfordernden Zeiten wird eine starke deutsche Verteidigung gebraucht, deren Kernstück eine einsatzbereite und gut ausgerüstete Bundeswehr ist. Das Ziel, das Bundeskanzler Scholz der Bundeswehr vorgegeben hat, sie müsse innerhalb der NATO „zum Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa werden, zur am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa“, ist absolut richtig. Die Bundeswehr muss das bekommen, was sie braucht, um ihre Aufgaben zu erfüllen, den Frieden zu sichern und weiterhin zu unserer Allianz beizutragen. Im Interesse einer friedlichen Zukunft für Deutschland und Europa.

Ebenso notwendig ist eine starke und robuste Verteidigungsindustrie, die die erforderlichen Fähigkeiten zur Unterstützung der Ukraine und zur Sicherung unserer eigenen Verteidigung bereitstellen kann. Die NATO setzt die Standards und Ziele für die Entwicklung der Fähigkeiten, die das Bündnis braucht. Wenn Deutschland und alle Verbündeten diese Standards erfüllen und Fähigkeitsziele erreichen, dann decken sie das gesamte

Spektrum von Fähigkeiten ab, die die NATO benötigt, um die vielfältigen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen wir stehen.

Bei der Verwirklichung der Zeitenwende geht es auch um die Stärkung der Resilienz. Wenn Deutschland und andere NATO-Partner moderne Fähigkeiten aufbauen und entwickeln, müssen wir die Fallstricke einer übermäßigen Abhängigkeit von autoritären Regimen vermeiden. Der Ukraine-Krieg hat uns gelehrt, dass es gefährlich ist, von russischem Gas für die Beheizung unserer Häuser und Versorgung unserer Industrien – einschließlich der Verteidigungsindustrie – abhängig zu sein. Als Konsequenz hat Europa, und insbesondere Deutschland, beeindruckende Anstrengungen unternommen, um seine Energieversorgung von Russland weg zu diversifizieren. Wir haben auf die harte Tour gelernt, uns nicht auf Russland zu verlassen.

Wenn wir uns nun aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl lösen, müssen wir aufpassen, dass wir keine ähnlichen Abhängigkeiten von anderen autoritären Regimen entwickeln. Zum jetzigen Zeitpunkt sind wir von China abhängig, was die meisten der Seltenen Erden betrifft, die der Schlüssel zum Bau unserer Autos und Telefone, unserer Flugzeuge und unserer militärischen Ausrüstung sind. China bemüht sich zudem, die Kontrolle über Teile unserer kritischen Infrastruktur zu erlangen, darunter Telekommunikation, Häfen und Schienennetze. Auf diese sind wir aber nicht nur in Friedenszeiten, sondern erst recht in Zeiten von Krisen und Konflikten angewiesen. Natürlich müssen wir weiterhin Handel mit China treiben und mit dem Land zusammenarbeiten.

Aber gleichzeitig müssen wir uns unserer Abhängigkeiten bewusst sein. Wir müssen weniger angreifbar werden und

die Risiken besser beherrschen. Ich begrüße die Initiative von Bundeskanzler Olaf Scholz und dem norwegischen Ministerpräsidenten Jonas Gahr Støre, die uns veranlasst hat, eine NATO-Koordinationszelle einzurichten, um die unterseeische Infrastruktur der Verbündeten widerstandsfähiger zu machen. Intelligente und kooperative Resilienz ist der Schlüssel zu unserer Sicherheit. Beim NATO-Gipfeltreffen in Vilnius werden wir weitere Maßnahmen zur Verbesserung unserer Widerstandsfähigkeit ergreifen.

Die Zeitenwende bedeutet einen wirklichen Umbruch. Zugleich bekräftigt sie die zentrale Bedeutung der transatlantischen Beziehungen für unsere Verteidigung sowie die Rolle der NATO als Eckpfeiler der euroatlantischen Sicherheit. Die Freundschaft zwischen Europa und Nordamerika ist nach wie vor unverbrüchlich. Laut einer Umfrage der NATO von 2022 sind drei Viertel der Deutschen überzeugt, dass es wichtig ist, dass unsere beiden Kontinente in Sicherheitsfragen zusammenarbeiten. Die Vereinigten Staaten haben eine führende Rolle für die europäische Sicherheit gespielt und werden dies weiterhin tun – mit 100 000 Soldatinnen und Soldaten und zentralen Fähigkeiten auf dem Kontinent, einer von den USA geführten NATO-Battlegroup in Polen und der Koordination der Ramstein-Gruppe, die für eine beispiellose Unterstützung der Ukraine sorgt.

Die Zeitenwende ist das Versprechen einer großen und wertvollen Investition in die transatlantische Sicherheit und die NATO. Es ist das richtige Vorhaben zur richtigen Zeit. Mit einem starken Deutschland im Herzen einer starken NATO können wir jedem Sturm trotzen, Angriffe verhindern und Deutschland und all unsere Bürgerinnen und Bürger beiderseits des Atlantiks beschützen – eine Milliarde Menschen.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

IP



Interview mit Bundespräsident a.D. Joachim Gauck

„Das ist ein Wandel, den hatte ich so nicht erwartet“

Ein Gespräch über den außen- und sicherheitspolitischen Meinungsumschwung und die wehrhafte Demokratie.

IP: Herr Bundespräsident, Sie haben schon 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz für mehr sicherheitspolitisches Engagement geworben und dafür den Begriff „neue Verantwortung“ geprägt, zusammen mit der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Ihrem heutigen Nachfolger. Die Resonanz war bescheiden...

Joachim Gauck: Ja, es gab da noch eine sehr große Koalition aus Politikerinnen und Politikern – auch unter denen, die regierten – und breiten Teilen der Bevölkerung, die in einer Lebenssituation der Sicherheit, der Friedlichkeit und des Wohlstands nicht akzeptierten, neue Aufgaben anzunehmen, die mit Anstrengungen verbunden sind: Das zu vermitteln, ist ein schwieriges Unterfangen. Ich war damals dankbar dafür, dass die Ministerin und der Minister den Appell aufgegriffen haben. Aber dann passierte nichts. Und das war enttäuschend.

Warum passierte nichts?

Wir waren mental noch nicht so weit. Und die Notwendigkeit, aber etwa auch die Verfasstheit des Putin-Systems, ist den Menschen nicht genug bewusst gewesen. Offensichtlich gibt es eine Tendenz bei Menschen, sich die Wirklichkeit schönzureden und unangenehme Entschlüsse hinauszuschieben. Dabei waren die Fakten erkennbar – etwa die Herrschaftsmechanismen Wladimir Putins: Das ist Sowjetmacht pur – Verabsolutierung der Macht, Leugnung der Rechte der Einzelnen, keine Zivilgesellschaft zulassen und dazu noch ein geheimpolizeilicher Angstapparat. Alle diese Elemente, die die Sowjetherrschaft stabilisiert haben, sind in Russland wieder da, nur unter anderem Firmenschild, nämlich dem des Nationalismus.

Allein schon die Feindschaft gegenüber dem Recht hätte dafür sorgen müssen, dass der Gesprächspartner dort in Moskau als ein strukturell Anderer, als ein Autoritärer erkannt wird. Ich sage noch nicht: als Feind. Als Feind hat er sich erst dargestellt mit seiner zunehmenden Bereitschaft, das Völkerrecht zu brechen. Aber zumindest dieses strukturell Andersartige hätte bei uns dazu führen müssen, zu sagen: Da denken wir mal über den Grundsatz neu nach, dass angeblich „Sicherheit in Europa nur mit Russland herstellbar“ sei. Auf deutscher Seite gab es schlicht einen Realitätsverlust...

... und entsprechend groß war dann ja auch der Schock am 24. Februar 2022. Wenn Sie die Debatten über die Zeitenwende seitdem mit denen von 2014 vergleichen, welche Unterschiede sehen Sie?

Krisen beschleunigen natürlich alle möglichen Prozesse und in diesem Fall auch den Mentalitätswandel. Wir sehen zum ersten Mal, dass eine Mehrheit der Deutschen höhere Ausgaben fürs Militär nicht mehr kritisch sieht, sondern positiv bewertet. Wir sehen, dass nach wie vor eine große Mehrheit die Unterstützung der Ukraine auch mit Waffen befürwortet. Das hätte ich früher nicht erwartet und 2014 schon gar nicht. Es gibt sogar mehr Leute, die mehr Waffenunterstützung fordern als Leute, die weniger fordern. Und das ist ein Wandel, den hatte ich so nicht erwartet.

Auf den Veranstaltungen von „Zeitenwende on tour“ zeigt sich, dass Bürgerinnen und Bürger heute schon oft viel weiter sind als die Politik. Unter anderem deshalb fragt man sich, ob es nicht auch an politischer Kommunikation gehapert hat...

Sehr wichtiges Thema!

„Wir dürfen nicht gering von unserer Bevölkerung denken. Es ist wichtig zu sagen, was zu geschehen hat“

Welche Defizite gab und gibt es?

Das zu beantworten, ist schwierig, denn natürlich gibt es auf dem Feld der kommunikativen Kompetenz ganz unterschiedliche Ansätze und auch Talente. Wenn wir zum Beispiel auf den Vizekanzler Robert Habeck schauen, dann sehen wir, dass er nach der Methode vorgeht: Ich stelle mich vor die Bevölkerung unter der Annahme, dass, wenn ich ernsthaft mit den Leuten rede, sie mich auch verstehen werden. Wenn ich im Zweifel bin, muss ich den Zweifel nicht verbergen. Wenn ich ein Dilemma sehe, kann ich es sogar Dilemma nennen. So etwas funktioniert aber natürlich nur, wenn die Sinnhaftigkeit einer Entscheidung tatsächlich erkennbar wird. Kommunikation und hieb- und stichfeste Beschlüsse müssen zusammenkommen. Manchmal fehlt es bei uns an dem Einen, manchmal an dem Anderen.

Der Satz „Den Deutschen sind höhere Verteidigungsausgaben nicht vermittelbar“, den man sehr lange hörte aus der Politik, stimmte also nicht?

Ja, der Satz ist falsch. Denn wir dürfen nicht gering von unserer Bevölkerung denken. Deshalb ist es so wichtig, in aller Ernsthaftigkeit zu sagen, was zu geschehen hat. Bundeskanzler Olaf Scholz ist das gelungen in seiner „Zeitenwende-Rede“, mit der er wohl selbst einen Großteil seiner eigenen Parteigenossen überrascht hat. Aber er ist völlig klar in seiner Zielsetzung gewesen in diesem Moment. Deshalb

konnte er überzeugen. In meinem neuen Buch verweise ich unter anderem auf Winston Churchill. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hat er seinem Volk gesagt: Die Lage ist so und so, und das Negative kann uns auch passieren. Ich kann euch nichts versprechen. Und plötzlich erwacht da eine Nation zu einer Verteidigungsbereitschaft und Entschlossenheit, die es vorher nicht gab. Erklären lässt so Vertrauen wachsen auch zu Beschlüssen, die zunächst unpopulär sein können.

Die Deutschen galten als mehrheitlich pazifistisches Volk vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust, vielleicht nach dem Mauerfall noch stärker als zuvor. Verändert sich nun auch die Einstellung gegenüber dem Militärischen?

Ich denke ja. Dabei müssen wir immer sehen, was wir verlieren können und wozu Menschen fähig sind. Ich bin nicht ohne Grund jahrelang Vorsitzender von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ gewesen. Aber wir haben nicht nur destruktive, sondern auch konstruktive Kräfte, die diesen vorbildlichen Rechts- und Sozialstaat errichtet haben auf so schlechten Fundamenten. Sich darüber nicht freuen zu können und daraus nicht Stärke zu beziehen – das ist mir immer als ein Element der Schwäche erschienen. Und als Bundespräsident habe ich auch immer versucht, die Deutschen daran zu erinnern: Sie mögen doch bitte an das glauben, das sie selbst

» Es wäre schön, wenn wir nur eine Herausforderung hätten, aber wir müssen jetzt mehrere Krisen angehen. Wir müssen uns jetzt auch um den Klimawandel kümmern. Ich würde die Krisen gerne nacheinander abarbeiten, aber wir können uns diesen Luxus nicht leisten. «

SVENJA SCHULZE (SPD)
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

» Wir konnten uns bis zum Ende des Kalten Krieges immer auf andere verlassen und wir haben jetzt die Aufgabe, uns so aufzustellen, dass sich andere auch auf uns verlassen können. Und dazu müssen wir auch die Bundeswehr wieder besser aufstellen. «

THOMAS ERNDL (CSU)
Stellvertretender Vorsitzender des
Auswärtigen Ausschusses

» Wir müssen mit Waffen kämpfen. Aber wir müssen auch in den Medien kämpfen gegen die russische Propaganda und Desinformation. «

VITALI KLITSCHKO
Bürgermeister von Kiew

» Wir müssen uns als Deutschland unserer Verpflichtung stellen, dem angegriffenen Land beizustehen. Das schließt nicht aus, dass wir trotzdem schuldig werden. Man kann den Frieden nicht an den Realien vorbei wollen. Insofern kann man von einem Angegriffenen nicht verlangen, dass er sich auf einen Scheinfrieden mit dem Aggressor einlässt, den dieser bald wieder brechen könnte. «

ANNE GIDION
Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen
Kirche bei der Bundesrepublik Deutschland

geschaffen haben. Und anerkennen, dass dieses Gut verteidigungswert ist. Aber die Last der mörderischen Vergangenheit war so groß, dass der Glaube an uns selbst lange defizitär geblieben ist.

Es gibt auch noch diejenigen, die grundsätzlich anfangen, uns zu misstrauen, wenn wir uns mehr Stärke zutrauen. Aber wohin soll das führen? Wenn die Anständigen sich Stärke nicht erlauben, wird sich der Unanständige nicht fragen, ob das eine Tugend ist, der er nacheifern muss. Das ist das Problem, das ich mit „Auf-jeden-Fall-Pazifisten“ habe. Einen individuellen Pazifismus kann ich achten, aber damit haben sie keine angemessene politische oder auch nur moralische Lösung gefunden. In der Breite der Gesellschaft ist diese Haltung auch nicht mehr vorhanden. Es könnte sogar sein, dass in der jungen Generation wieder so etwas wächst wie ein Gefühl der Verantwortung nicht nur gegenüber einer Ordnung des Rechts, sondern auch gegenüber der eigenen Nation. Durchaus möglich, dass auch die Bundeswehr davon profitiert.

Entsteht damit auch etwas, was lange fehlte: die oft bemühte „strategische Kultur“?

Auch so ein Begriff, an dem ich seit meiner Präsidentschaft herumknabbere. Ja, das möchte man sich schon wünschen, dass hier in diesem Land – es ist immerhin das größte und wirtschaftlich stärkste Land Europas – endlich eine strategische Kompetenz erwächst. Strategiedebatten leisteten wir uns ein bisschen so wie die Hochkultur. Strategische Kompetenz ist aber kein Orchideenfach. Wenn ich mich verteidigen will, muss ich wissen: Wie verändert sich die geopolitische Lage? Wer sind meine Bündnispartner? Wer sind meine Gegner? Welche Strategien will ich verfolgen? Und wenn man auf den einen

oder anderen Vorstoß des französischen Präsidenten Emmanuel Macron schaut, fragt man sich: Wo stehen wir als Europäer? Wie wollen wir eine strategische Autonomie überhaupt erreichen? An diesen Fragen kann man spüren, wie groß unser Defizit ist.

Denken Sie, dass sich mit der Zeitenwende auch unterschiedliche Denkweisen mit Blick auf unsere Nachbarländer annähern, zum Beispiel Polen?

Das hoffe ich. Abgesehen von unseren Differenzen zur polnischen Regierung, was rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien anbelangt, haben unsere östlichen Nachbarn uns etwas voraus, wenn es um den Blick auf Russland geht. Sie haben zum Teil traumatische Erfahrungen, haben intensiver als auch die Ostdeutschen hingeschaut und intensiver Macht und Ohnmacht dekonstruiert. Deshalb lohnt es sich, ihnen zuzuhören und auch mal zu sagen: Mensch, da hatten Sie recht!

Nehmen Sie die Debatte um die Nord-Stream-Pipelines. Vielfach hieß es: Die Kritik geht ins Leere, die Amerikaner wollen uns ja nur ihr teures Flüssiggas verkaufen. Als mein Amtsvorgänger Bundespräsident Horst Köhler seinen ersten Besuch in Polen machte, haben ihm die Polen aber gesagt: Jetzt hat Deutschland Polen und der Ukraine schon wieder einen Stich in den Rücken versetzt, weil es eine Konkurrenz zu den bestehenden Landleitungen geschaffen hat. Auf solche Stimmen haben wir nicht gehört, denn wir hatten ja die „besseren“ Einsichten, waren „souveräner“ in unserem Erkennen ...

Wie lässt sich das dadurch verlorene Vertrauen wiedergewinnen?

Wir sind kräftig dabei. Für die Polen war es natürlich sehr wichtig, dass auf die „Zeitenwende-Rede“ – verzögert, aber dann



Das neue Buch von Joachim Gauck mit dem Titel „Erschütterungen. Was unsere Demokratie von innen und außen bedroht“ ist im Siedler-Verlag erschienen.

doch – eine Politik der Unterstützung für die Ukraine folgte. Bei Fragen wie der Rechtsstaatlichkeit wird es nach wie vor eine Debatte der Europäer mit den Polen geben. In Bezug aber auf europäische Verteidigungsbereitschaft gegen Russland habe ich allerdings sowohl vom SPD-Parteichef als auch von unserem Bundeskanzler als auch vom Bundespräsidenten solche Signale gehört: Ja, wir haben eure Kritik verstanden.

Warum, denken Sie, wurde der verbrecherische Charakter des Regimes von Wladimir Putin so lange ausgeblendet?

Dafür gibt es ein Bündel von Ursachen. Es gibt eine kulturalistische Linie, die bei einigen Intellektuellen noch existiert. Denken wir etwa an diese kitschige Begrifflichkeit von der „russischen Seele“. Es gibt eine lange gehegte, die westliche Zivilisation kritisch bewertende Haltung deutscher Eliten. Denken Sie an den jungen Thomas Mann, der in einer Rede die Tiefe unserer Kultur gegen die Oberflächlichkeit der westlichen Zivilisation setzte. Das ist eine alte Tradition, die mit dem romantischen Denken verbunden ist. Die Tiefe ist angeblich das Eigentliche, und nicht die Verabredung der Vielen auf den Märkten des Alltags. Diese antimoderne Beheimatung im ursprünglichen Sinn, das ist eine alte Linie, die viele Menschen miteinander verbunden hat.

Ein weiteres Element, und das kann man sehr deutlich bei den Ostdeutschen

sehen: Wir haben über zwei Generationen politische Ohnmacht erlebt, und der Garant dieser Ohnmacht waren die Sowjets, und sie waren jederzeit imstande, uns Böses anzutun. Am eklatantesten war das 1953, als der erste Aufstand der Bevölkerung im Sowjetblock mit Panzern der Sowjets niedergewalzt wurde. Ohne die Sowjetarmee hätten die Aufständischen ihren Willen durchgesetzt. Danach haben sich die allermeisten Ostdeutschen daran gewöhnt, dass die Welt nicht zu verändern ist durch unsere Wünsche. Es ist gewissermaßen zu einem Sympathisieren mit den „Geiselnehmern“ gekommen, zu einer Art „Stockholm-Syndrom“.

Und schließlich gab es in Westeuropa parallel dazu eine gewisse Blindheit auf dem linken Auge – eine Denktradition, die etwa folgendermaßen lautet: Wenn die fortschrittlichen, also nichtkapitalistischen Kräfte Fehler machen, dann ist das weniger schlimm, als wenn eine kapitalistische Gesellschaft Fehler macht. Für einen aufgeklärten Antikommunismus gab es gerade nach 1968 oft zu wenig Platz. Das verband sich mit einer Ostpolitik, die zunächst einen großen Erfolg erzielte, als sie auch die kommunistischen Staaten mit der KSZE-Schlussakte 1975 zur Einhaltung von Menschenrechten verpflichten konnte, dann aber – als sich die Unterdrückten in Ostmitteleuropa tatsächlich zu Wort meldeten – daran festhielt, eine Veränderung in den kommunistischen Staaten allein über die Machthaber, also

„Die Furchtlosigkeit unseres demokratischen Bewusstseins gehört zu den Erfordernissen der Gegenwart“



„Das möchte man sich schon wünschen, dass hier in diesem Land endlich eine strategische Kompetenz erwächst“: Mit Christoph Heusgen bei der Townhall-Veranstaltung in München, 16. Februar 2023.

von oben, anzustreben. Es herrschte die irrige Vorstellung, dass autoritäre Führer zu Zugeständnissen bereit sind, wenn sie sich „sicher“ fühlen können. Die Verbindung zur Taktik „Wandel durch Handel“ ist offenkundig.

Diese Tradition der Gutwilligkeit und damit verbunden einer mangelnden Entschlossenheit, auch unter Umständen militärisch zu agieren, die muss gebrochen werden. Das muss einsickern in die Gefühlshaushalte der Europäerinnen und Europäer.

Wie können wir uns am besten schützen vor Putins Russland, gegen das wir jetzt unsere Sicherheit organisieren müssen?

Vor allen Dingen dürfen wir Wladimir Putin nicht unsere Angst schenken. Putins Drohungen zum Beispiel, dass er Atomwaffen hat und da könnte ja dieses und jenes passieren – auf wie fruchtbaren Boden das hierzulande gefallen ist. Natürlich kennt er die Struktur des Denkens gerade in Deutschland und die machtvollen Ängste, die da existieren. Angesichts

einer Kriegsführung der Russen, die es nicht schaffen, unter immensem Verlust an Soldaten und Material eine benachbarte Nation, die viel schlechter ausgerüstet war, niederzuwerfen – ist es unter diesen Umständen eine wahrscheinliche Variante, dass sich Putin mit der ganzen NATO anlegen würde? Ist also die Drohung mit der Atomwaffe nicht auch zu dekonstruieren? Was für uns so wichtig ist: Welchen Raum diese Drohung bei der Meinungsbildung in der deutschen Öffentlichkeit gewonnen hat. Deshalb gehört eben nicht nur die Ertüchtigung unseres Militärs, sondern auch die Furchtlosigkeit unseres demokratischen Bewusstseins zu den Erfordernissen der Gegenwart. Die Friedenssehnsucht, so erstrebenswert eine allgemeine Friedfertigkeit auch ist, darf nicht dazu führen, dass man sich einem Aggressor freiwillig unterwirft. Deshalb brauchen wir die Einsicht: Es geht nur gut, wenn wir bereit sind, das, was wir lieben und schätzen, auch zu verteidigen.

Das Gespräch führten Martin Bialecki, Henning Hoff und Ulrike Strauss.

IP



Zeitenwenden in der Welt



Russlands Angriffskrieg und dessen Abwehr haben Folgen, die weit über Deutschland hinausgehen: Finnland und Schweden stärken die NATO, Japan beschleunigt seine Verteidigungsanstrengungen, und der sich abzeichnende radikale technologische Wandel der Kriegsführung wird noch gar nicht diskutiert.

Das Ende der Grauzonen

Finnland und Schweden treten der NATO bei und machen ihre eigenen Zeitenwenden durch. Während Stockholm einen ähnlichen Nachholbedarf wie Berlin hat, bietet Helsinki schon seit Langem ein Modell für einen integrierten Sicherheitsansatz.

Von Minna Ålander

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Nordeuropa eine zügige und entschlossene Reaktion hervorgerufen: Weniger als drei Monate nach Beginn der russischen Invasion beantragten Finnland und Schweden die NATO-Mitgliedschaft. Die beiden nordischen Länder waren zwar bereits seit Jahrzehnten enge Partner des Atlantischen Bündnisses – und als militärisch fähige Länder begehrte Neumitglieder. Bis zu dem Zeitpunkt hatte Schweden jedoch an seiner 200 Jahre lang bewährten militärischen Bündnisfreiheit festgehalten, und Finnland, wenngleich weniger ideologisch motiviert, war um der gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Russland willen außerhalb der NATO geblieben.

Auf den ersten Blick wirkt der NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens wie eine der größten

unbeabsichtigten Konsequenzen des russischen Krieges. Aber eigentlich hätte Präsident Wladimir Putin genau wissen müssen, dass zumindest Helsinki in einem solchen Fall die sogenannte „NATO-Option“ wählen würde. Diese war lange ein wichtiger Teil der finnischen Sicherheitspolitik und bedeutete, dass Finnland sich das Recht vorbehielt, die Bündnisfreiheit zu überdenken, sollte sich die Sicherheitslage verändern. Genau das trat mit Russlands Überfall auf die Ukraine ein. Die Reaktion war eindeutig: Über Nacht änderten die Finninnen und Finnen ihre Meinung, die öffentliche Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft schoss hoch von etwa 20 auf 53 Prozent; im Mai 2022 kletterte sie weiter auf 76 Prozent.

Die politische Führung Finnlands musste sich beeilen, um mit der entschlossenen öffent-

lichen Meinung Schritt zu halten. Noch vor Beginn des Angriffskriegs waren nur zwei politische Parteien für einen NATO-Beitritt, von den fünf regierenden Parteien mussten dann vier ihre Position schnell an die neuen Rahmenbedingungen anpassen.

Schweden war derweil vom Tempo der finnischen Kehrtwende überrascht. Der sozialdemokratischen Regierung fiel es nicht leicht, sich von der alten Doktrin der Bündnisfreiheit zu lösen. Aber auch in Schweden lautete letztendlich die Schlussfolgerung, dass nach gründlicher Erwägung aller Möglichkeiten – darunter war zum Beispiel eine noch engere finnisch-schwedische Verteidigungsunion zunächst eine ernsthafte Alternative – es keinen anderen Weg gab, als sich Finnlands NATO-Gesuch anzuschließen.

Neues Momentum

Der gemeinsame NATO-Prozess hat Finnland und Schweden, die füreinander bereits die wichtigsten Partner waren, noch enger zusammenrücken lassen. Das Ziel der nordischen Nachbarn war deshalb, der NATO „Hand in Hand“ beizutreten. Der Wunsch ist jedoch nicht in Erfüllung gegangen, weil die Türkei Stockholm vorwirft, kurdische Terroristen zu unterstützen, und deshalb den schwedischen Beitritt sehr lange verhindert hat.

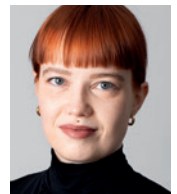
Aber auch der Alleingang Finnlands, das am 4. April 2023 das 31. Mitglied der NATO wurde, hat keinen Bruch in den bilateralen Beziehungen verursacht. Die

tägliche Koordination der NATO-Prozesse ist durchweg und auf allen politischen Ebenen so eng gewesen, dass Schweden den NATO-Beitritt Finnlands als eine positive Entwicklung für die regionale Sicherheit ansah. Für Finnland ist nun Schwedens schnellstmöglicher Beitritt die oberste Priorität, und Helsinkis erste offizielle Amtshandlung als NATO-Mitglied – etwa 15 Sekunden nach der Vollendung des eigenen Beitritts – war die Ratifizierung der Mitgliedschaft Schwedens.

Über das bilaterale finnisch-schwedische Verhältnis hinaus haben sowohl der NATO-Beitritt als auch die starke Unterstützung der Ukraine aus allen nordischen Ländern die nordische Gruppe von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter konsolidiert. Die fünf Länder arbeiten bereits seit 2009 im Rahmen der NORDEFCO (Nordic Defence Cooperation) zusammen; mit dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens öffnen sich aber neue Möglichkeiten. Ein Zeichen, wie ernst die nordischen Länder die Bedrohung durch Russland nehmen, ist die Absichtserklärung der vier nordischen Luftstreitkräfte (Island hat keine eigenen Streitkräfte), die insgesamt ca. 250 Kampfflotten starke nordische Flotte operativ zu integrieren. Im hohen Norden üben die finnischen, schwedischen und norwegischen Luftstreitkräfte bereits seit bald 15 Jahren nahezu wöchentlich gemeinsam.

Auch bei der Unterstützung der Ukraine spielt nordische Kooperation eine wichtige Rolle. So haben beispielsweise Finnland und Schweden ihre enge bilaterale Verteidigungskooperation ganz konkret für die Ukraine eingesetzt: Im Januar 2023 unterzeichneten die Länder eine Absichtserklärung, die schnellen Nachschub aus Schweden für Finnland ermöglicht, sodass Finnland die Ukraine weiterhin

Die enge nordische Kooperation spielt auch bei der Unterstützung der Ukraine eine wichtige Rolle



Minna Alander
ist Research
Fellow am Finnish
Institute of International
Affairs (FIIA) in Helsinki.

unterstützen kann, ohne die eigene Verteidigungskapazität zu gefährden. Im Mai besuchte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Helsinki zu Beginn einer längeren Europa-Reise, als dort gerade ein nordisches Gipfeltreffen stattfand. Das zeigt, dass die nordischen Länder immer mehr als eine kohärente und sich eng koordinierende Gruppe wahrgenommen werden.

Interoperabilität auf hohem Niveau

Finnlands NATO-Beitrittsprozess war mit einer Dauer von weniger als einem Jahr der schnellste in der Geschichte der NATO. Und ohne den türkischen Widerstand hätten Finnland und Schweden bereits im Oktober 2022 Mitglieder sein können: Alle anderen NATO-Staaten, mit Ausnahme Ungarns, hatten den Beitritt der beiden im Rekordtempo bereits bis Ende September ratifiziert. Den schnellen Prozess ermöglichte die hohe Kompatibilität Finnlands und Schwedens mit sowohl den politischen als auch militärischen Standards der NATO. Normalerweise würde für die Kandidatenstaaten zunächst ein „Membership Action Plan“ (MAP) entworfen, der die Länder schrittweise an die NATO-Standards heranführt. Finnland und Schweden hatten jedoch bereits durch die jahrzehntelange enge Kooperation mit der NATO sowie eine bewusste Priorisierung der Interoperabilität mit dem Bündnis bei Beschaffungsentscheidungen gewissermaßen einen „MAP-Prozess“ auf eigene Faust durchgemacht. Darüber hinaus hatten beide bereits vor der Beitrittsentscheidung bi- und trilateral eng mit den USA kooperiert, was die Eingliederung zusätzlich erleichtert und beschleunigt.

Militärisch ändert der Beitritt für Finnland und Schweden wenig. Die finnischen und schwedischen Streitkräfte haben die Interoperabilität mit künftigen

Bündnispartnern weiter durch Übungen erhöht, während der Ratifizierungsprozess noch im Gange war. Finnland führte beispielsweise nach der Übermittlung des Beitrittsgesuchs am 18. Mai 27 neue oder modifizierte Übungen für den Rest des Jahres 2022 durch. Schweden hielt im April 2023 die größte internationale Übung in 30 Jahren ab, in der künftige Bündnispartner die Verteidigung Schwedens und das Land selbst die Aufnahme der Partnertruppen übten.

Für Finnland und auch für Schweden ist es dennoch eine große mentale Veränderung, dass aus Landesverteidigung Bündnisverteidigung wird. Für die deutsche Bundeswehr ist das selbstverständlich, insbesondere für Finnland aber eine regelrechte Revolution. Die Finnen hatten auch nach dem Kalten Krieg eine hohe Verteidigungskapazität aufrechterhalten und sich auf einen potenziellen Angriff durch Russland vorbereitet – selbst im optimistischen Moment Anfang der 2000er Jahre wurde die Möglichkeit eines militärischen Angriffs in den außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Regierungsberichten nie ganz ausgeschlossen.

Durch die jahrzehntelange enge Kooperation mit dem Bündnis waren Finnland und Schweden bereit für den NATO-Blitzbeitritt

Nach 80 Jahren der Konzentration auf die eigene Landesverteidigung ist es eine große Veränderung, die eigene Sicherheit aus der Perspektive des gesamten Bündnisses zu denken. Für Schweden, das seine Streitkräfte nach dem Kalten Krieg stark

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Finnland hatte sich auch nach Ende des Kalten Krieges auf einen potenziellen Angriff Russlands vorbereitet: Flaggenzeremonie am Tag des Beitritts, dem 4. April 2023, vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel.

reduzierte, ist vor allem die personelle Aufrüstung eine mittelfristige Herausforderung.

Die Rückkehr der Geschichte

Finnland erfüllt das 2-Prozent-Verteidigungsausgabenziel der NATO bereits, Schweden muss einiges nachholen und hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2026 die 2-Prozent-Marke ebenfalls zu erreichen. In vielerlei Hinsicht finden sich Schweden und Deutschland in einer vergleichbaren Lage: Beide haben das Ende des Kalten Krieges als ein „Ende der Geschichte“ interpretiert und entsprechend ihre Verteidigungsfähigkeit heruntergefahren. Für Schweden kam der Weckruf jedoch bereits 2013, als russische Kampffjets einen Angriff auf schwedisches Territorium übten

und Dänemark beim Abfangen zu Hilfe kommen musste, weil alle schwedischen Piloten gerade im Osterurlaub waren. Im Nachhinein stellte die NATO fest, dass es sich um eine Nuklearübung Russlands gehandelt hatte. Russlands Krim-Annexion im Folgejahr verfestigte in Schweden die Erkenntnis, dass militärische Fähigkeiten wohl doch weiterhin relevant waren. Als Reaktion stellte Schweden das Gotland-Regiment auf der gleichnamigen Ostseeinsel wieder auf, die zwischenzeitlich demilitarisiert gewesen war.

Auch führte Stockholm die Wehrpflicht teilweise wieder ein, die zuvor ebenfalls abgeschafft worden war. Finnland hält derweil bis heute an der vollumfänglichen Wehrpflicht für männliche Bürger fest und hat deshalb eine Truppenstärke von

280 000 im Kriegsfall und eine Gesamtreserve von 870 000 aufzubieten.

Schweden sieht sich also mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie Deutschland, hat aber knapp zehn Jahre Vorsprung bei der eigenen Zeitenwende. Politisch sind sich in Schweden die Parteien einig, dass sie allesamt mit der Abrüstungspolitik falsch lagen, was gegenseitige Vorwürfe reduziert und einen Konsens über die Kursänderung verfestigt. Ähnlich wie in Deutschland ist in Schweden der außenpolitische Fokus traditionell stark auf normative Friedensförderung gerichtet; dennoch wird die Notwendigkeit militärischer Mittel durchaus verstanden. In vielerlei Hinsicht ist Schweden also der ideale Zeitenwende-Partner für Deutschland. Finnland kann mit seinem die gesamte Gesellschaft umfassenden Sicherheitskonzept (auch „comprehensive security“ genannt) Deutschland wiederum als ein Modell für den in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie zu entwickelnden integrierten Sicherheitsansatz dienen.

Aus Fehlern lernen

Russlands brutaler Angriffskrieg ist eine eindeutige Absage an die europäische Sicherheitsordnung nach dem Kalten Krieg. Das NATO-Beitrittsgesuch Finnlands und Schwedens als Reaktion darauf zeigt, dass die Zeit der sicherheitspolitischen Grauzonen vorbei ist. Russland zwingt seine Nachbarn dazu, eine Seite zu wählen – und wenn die Entscheidung dem Kreml nicht gefällt, wird versucht, eine andere zu erzwingen.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 hat die Ukraine – wie auch Georgien – zwar eine prinzipielle NATO-Beitrittsperspektive bekommen, jedoch keinen konkreten „Membership Action Plan“. Der Grund dafür war, dass einige westeuropäische

NATO-Mitglieder, angeführt von Deutschland und Frankreich, die beiden Länder für nicht bereit hielten und die Machtbalance mit Moskau nicht stören wollten. Russlands Invasion Georgiens weniger als sechs Monate später, die Krim-Annexion 2014 und der großflächige Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 zeigen, dass dieses Entgegenkommen vergeblich gewesen ist.

Schweden ist in vielerlei Hinsicht der ideale Zeitenwende-Partner für Deutschland, Finnland ein Vorbild beim Entwurf eines umfassenden Sicherheitskonzepts

In diesem Jahr wird die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wieder auf der Agenda des Bündnisgipfels in Vilnius stehen. Zwei Gründe sprechen dafür, dass die Ukraine dieses Mal eine konkrete Perspektive bekommen sollte: Erstens wird die Ukraine wegen Russlands Drohungen mit Atomwaffen Sicherheitsgarantien brauchen, die von nuklearer Abschreckung gestützt sind. Es ist unwahrscheinlich, dass die USA oder europäische Nuklearmächte derartige Garantien auf bilateraler Basis geben wollen. Zweitens ist die NATO-Mitgliedschaft die übliche Sicherheitsgarantie in Europa. Solange die Ukraine hier außen vor bleibt, sendet das ein politisches Signal an den Kreml, dass die Ukraine ein Sonderfall ist, für den andere Regeln gelten.

Dass Russland ein solches Signal als grünes Licht für die Geltendmachung einer selbst beanspruchten Interessensphäre interpretiert, ist inzwischen klar. **IP**

Japans Transformation

In Tokios Wahrnehmung verbinden sich die strategischen Schauplätze in Europa und Asien. Russlands Krieg gegen die Ukraine beschleunigt Japans Verteidigungsanstrengungen und die fundamentalen Veränderungen seiner strategischen Kultur.

Von Robert Ward

Ebenso wie frühere große Konflikte in Europa macht sich auch Russlands Krieg gegen die Ukraine weit jenseits der Grenzen des Kontinents bemerkbar, denn er verschärft die globalen Verwerfungen und heizt Spannungen in zahlreichen Regionen an. Besonders deutlich wird dies in Asien, wo das aufstrebende China seinen Einfluss auszuweiten sucht. Die Art, wie Peking seine Besitzansprüche auf Taiwan mit wachsender Aggressivität vorantreibt, weckt in der gesamten Region die Angst vor destabilisierenden Veränderungen des Status quo und sogar vor Krieg.

Japan fühlt sich diesen globalen geopolitischen Turbulenzen besonders stark ausgesetzt. In seinem Westen liegen drei Staaten, die Japan tatsächlich oder potenziell feindlich gesinnt sind: Russland, mit dem Japan im Territorialstreit liegt (die bila-

teralen Verhandlungen darüber sind seit Beginn des Ukraine-Krieges eingefroren); Nordkorea, das die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen vorantreibt und Raketentests in Richtung Japan durchführt; und China, mit dem Japan ebenfalls um Gebiete streitet. Immer häufiger unterstreicht Peking seine Ansprüche durch aggressive Maßnahmen wie dem neuen chinesischen Küstenwachgesetz und durch andere Grauzonenaktivitäten.

Chinas Drohungen gegen Taiwan und sein Programm zur raschen Modernisierung des Militärs verstärken die Bedrohung noch. Auch die „grenzenlose Freundschaft“, die sich seit der russischen Invasion der Ukraine zwischen Peking und Moskau herausbildet, verschärft Tokios strategische Sorgen. Bereits seit mehreren Jahren führen China und Russland gemeinsame Luft- und Seepatrouillen in

der Nähe Japans durch; auch in Atomfragen kooperieren beide. Zu dieser explosiven Mischung kommen nun noch die Berichte über eine Zusammenarbeit zwischen Russland und Nordkorea, in denen auch von Waffenlieferungen von Pjöngjang an Moskau die Rede ist.

Tokio hat also gute Gründe, von einer Verbindung zwischen den strategischen Schauplätzen in Europa und Asien auszugehen. Anfang Juni 2022 warnte der japanische Ministerpräsident Fumio Kishida: „Die Ukraine von heute kann das Ostasien von morgen sein.“ Die Verbindung, die Kishida zwischen der europäischen und asiatischen Sicherheit herstellte, unterstrich er durch seine Teilnahme am NATO-Gipfel in Madrid Ende Juni 2022, der ersten eines japanischen Ministerpräsidenten, und durch einen Besuch in Kiew im März 2023, der ersten Reise eines japanischen Ministerpräsidenten in ein Kriegsgebiet seit 1945. Beides spiegelt zum Teil die Besorgnis Tokios in Bezug auf Taiwan. Aber zugleich geht es Japan um die Bedrohung der internationalen Ordnung durch Russlands illegalen Krieg gegen die Ukraine.

Aus diesen Erwägungen heraus handelte Tokio rasch, um der Ukraine konkrete Unterstützung zu leisten, soweit dies im Rahmen seiner gesetzlichen Einschränkungen möglich war. So stellte Japan der Ukraine seit Kriegsbeginn Hilfen im Umfang von etwa 6,2 Milliarden Euro zur Verfügung, vor allem in Form von humanitärer Hilfe. Das ist nur etwas weniger als Deutschland (7,4 Milliarden) und deutlich mehr als Frankreich (1,7 Milliarden Euro). Tokio schloss sich auch der von den G7 angeführten, breit angelegten Sanktionskoalition gegen Russland an, die sich unmittelbar nach Beginn der Invasion bildete. Allerdings gibt es eine wichtige Ausnahme: Japan hält (bislang) an seinen Verbindungen zu Russland im Energiesektor fest

Japan strebt das 2-Prozent-Ziel an, das Verteidigungsbudget könnte zum drittgrößten der Welt werden

und nimmt weiter am Flüssiggas-Projekt Sachalin 2 teil. Der Grund ist, dass Japan in Sachen Energiesicherheit unter den G7-Ländern besonders verletzlich ist.

Japans neue Sicherheitsstrategie

Wie tiefgreifend die strategische Transformation Japans ist, zeigt sich an seiner neuen Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) und zwei damit zusammenhängenden Dokumenten, der Nationalen Verteidigungsstrategie und dem Programm zum Aufbau der Verteidigung, die die Regierung Kishida im Dezember 2022 vorlegte. Ähnlich wie Deutschland hat auch Japan erst vor Kurzem damit begonnen, seine Nationale Sicherheitsstrategie in offiziellen Dokumenten auszuformulieren. Dies war erst Japans zweite NSS; die erste war zu Beginn von Premierminister Shinzo Abes zweiter Regierung (2012–2020) im Dezember 2013 veröffentlicht worden.

Die neuen Dokumente beschreiben eine entschiedene Abkehr von der sogenannten Yoshida-Doktrin, die Japans Verteidigungspolitik der Nachkriegszeit bestimmt hatte. Solange sie galt, blieb Japan nur leicht bewaffnet, wodurch es seine Ressourcen auf die wirtschaftliche Entwicklung richten konnte; es war aber auf den militärischen Schutz der USA angewiesen. Der strukturelle Auslöser für die Abkehr von der Yoshida-Doktrin liegt in der schon seit Längerem spürbaren Besorgnis wegen des von China ausgehenden Risikos. Doch zeigt die Ausführlichkeit, mit der in der neuen Strategie auf Russlands Einmarsch



Robert Ward
ist Japan Chair
des International
Institute for
Strategic Studies
(IISS).

in die Ukraine eingegangen wird, dass Tokios strategische Entwicklung von einem immer breiteren Spektrum von Faktoren vorangetrieben wird.

Insbesondere sucht die neue NSS, die Rolle Japans innerhalb der US-Sicherheitsallianz zu stärken, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsfähigkeiten der Allianz im indopazifischen Raum zu erhöhen. Deswegen verlangt die neue Strategie, Japan müsse „fähig sein, die primäre Verantwortung dafür zu tragen, eine Invasion zu stören und abzuwehren“. Mit der NSS verpflichtet sich Japan, Raketenfähigkeiten für einen möglichen Gegenschlag zu erwerben, allerdings mit der Auflage, sie nicht zum Erstschatz einzusetzen. Außerdem soll es eine „aktive Cyberverteidigung“ einführen.

Mit Blick auf die aus der Nachkriegszeit tradierten Normen Japans sind dies bahnbrechende Entscheidungen. In diesem Zusammenhang sieht die Strategie auch Maßnahmen vor, um die japanische Verteidigungsindustrie widerstandsfähiger zu

machen: Verwundbare Infrastrukturen sollen verstärkt, Kooperationen mit ausländischen Rüstungsfirmen (wie das vor Kurzem angekündigte Global Combat Air Programme von Japan, Großbritannien und Italien) genutzt und, so wie es Deutschland bereits getan hat, Einschränkungen bei Rüstungsexporten gelockert werden. So wie Scholz versprach, die deutschen Verteidigungsausgaben über den NATO-Richtwert von 2 Prozent des BIP hinaus zu erhöhen, enthält auch das japanische Programm zum Aufbau der Verteidigung eine Verpflichtung, die Verteidigungsausgaben von der bisherigen, selbst auferlegten Obergrenze von 1 Prozent auf 2 Prozent des BIP zu erhöhen. Um das zu erreichen, sollen vom Fiskaljahr 2023/24 bis zum Fiskaljahr 2027/28 insgesamt 4,3 Billionen Yen (321 Milliarden US-Dollar) ausgegeben werden. Damit würde das japanische Verteidigungsbudget zum drittgrößten der Welt, übertroffen nur von den USA und China.

Neben der verbesserten militärischen Abschreckung zielt Tokios neue Sicher-

Es geht Japan um die Bedrohung der internationalen Ordnung durch Russlands Angriffskrieg: Premierminister Fumio Kishida zu Besuch beim ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kiew, 21. März 2023.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

heitsstrategie darauf ab, die diplomatische und geoökonomische Macht des Landes und auch die jüngst entwickelte Wirtschaftssicherheitspolitik zu nutzen, um, in den Worten der Regierung, „umfassende nationale Macht“ einsetzen zu können. Diese definiert sich weitgehend als Antwort auf die „umfassende“ Bedrohung durch China. Wichtig ist aber auch, die eigene Widerstandsfähigkeit in Sachen Energie, Lebensmittel und Hochtechnologie zu stärken. Außerdem hat Tokio vor Kurzem Leitlinien für die offizielle Sicherheitsunterstützung veröffentlicht, die in Ergänzung der traditionellen Entwicklungshilfe die militärischen Fähigkeiten gleichgesinnter Länder stärken soll. Hier wird das Konzept der „umfassenden nationalen Macht“ deutlich. Für Japan, das anderen Ländern bisher auf keinen Fall Hilfe für militärische Zwecke leisten wollte, bedeutet auch dies einen Bruch.

Insgesamt jedoch beschreiben Kishidas Reformen für Japan weniger eine Zeitenwende denn die beschleunigte Weiterverfolgung von Veränderungen, die bereits Vorgänger Shinzo Abe auf den Weg gebracht hatte. Dessen zentrale institutionelle und gesetzgeberische Reformen waren darauf ausgerichtet, die japanische Verteidigungsbereitschaft zu stärken. Zwei Schritte verdienen besondere Aufmerksamkeit: Zum einen wurde im Dezember 2013 ein Nationaler Sicherheitsrat unter Vorsitz des Ministerpräsidenten eingerichtet, was eine von Japans wichtigsten institutionellen Reformen seit 1945 ist. Zum anderen verabschiedete das Parlament 2015 ein Gesetz, um den Einsatz der Selbstverteidigungsstreitkräfte (wie Japans Militär heißt) im Ausland zu ermöglichen und die Verteidigungszusammenarbeit mit den USA zu intensivieren.

Doch so grundsätzlich sich die strategische Haltung Japans verändert hat

– die Umsetzung in die Praxis bleibt, ebenso wie bei Scholz' Zeitenwende, eine große Herausforderung. Unter den reichen Ländern hat Japan die mit Abstand schwächsten Staatsfinanzen. 2022 entsprach die staatliche Gesamtverschuldung 255 Prozent des BIP; bis 2028 wird sie nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds auf 264 Prozent steigen. Zum Vergleich: In Deutschland sind es 67 beziehungsweise 60 Prozent des BIP. Die japanische Öffentlichkeit unterstützt die Sicherheitsreformen zwar grundsätzlich, ist aber laut Umfragen wenig gewillt, Steuererhöhungen zur Finanzierung dieser Reformen mitzutragen. Zudem braucht es Zeit, um die normativen Vorbehalte bei einigen der japanischen Wissenschaftler zu überwinden, die bisher vor militärischer Forschung und Entwicklung zurückscheuen, auch wenn Tokio dies in der neuen NSS ausdrücklich als Ziel formuliert hat.

Japan als Vorbild?

Deutschland ist für Japan in gewisser Weise ein Vergleichsmodell; dafür sorgen die geschichtlichen Parallelen, was den Militarismus beider Länder im 20. Jahrhundert und ihre strategische Zurückhaltung in der Nachkriegszeit anbelangt. Aber es gibt auch große Unterschiede. So verfügt Deutschland durch seine NATO-Mitgliedschaft über vielfältige Netzwerkbeziehungen, während für Japan die USA der alleinige formelle Verbündete sind. Trotzdem liefert der tiefgreifende Wandel in Japans strategischer Kultur ein wichtiges Beispiel für Deutschland: das einer anderen großen Mittelmacht, die versucht, die regelbasierte Ordnung angesichts der immer drängenderen Herausforderungen des Status quo durch Russland, China und andere Länder zu stützen und zu gestalten.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

IP

» Wir sind in diesem Krieg nicht nur Zuschauer. Wie der Krieg ausgeht, entscheidet sich auch daran, wie wir die Ukraine unterstützen. «

CLAUDIA MAJOR

Forschungsgruppenleiterin Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik

» Damit die Zeitenwende zu einem dauerhaften und nachhaltigen Prozess wird, müssen wir auf europäischer Ebene enger zusammenarbeiten. «

NORBERT RÖTTGEN (CDU)

Mitglied des Deutschen Bundestags

» Russland will mehr Land, Russland will das orthodoxe Christentum verbreiten, und Putin will die slawischen Völker vereinen. Das wirkt in der heutigen Zeit unfassbar. Aber das ist der russische Imperialismus. «

TYTTI TUPPURAINEN

Ministerin für Europaangelegenheiten und staatliches Eigentum (2019–2023), Finnland

» Gut, dass die Münchner Sicherheitskonferenz meine Kameraden und mich in Uniform hierher eingeladen hat. Wir sprechen gern mit allen Bürgern – die Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft. «

TINA BEHNKE

Führungsakademie der Bundeswehr

» Zeitenwende kann man nicht nur militärisch erklären. Man muss den Schutz der Bevölkerung mitdenken. «

ARMIN SCHUSTER (CDU)

Staatsminister des Innern, Sachsen

Nach der Zeitenwende ist vor der Zeitenwende

In naher Zukunft könnten von Algorithmen und KI getriebene Systeme autonome Waffen steuern, Kämpfe in dicht bevölkerten Städten der Normalfall sein. Darauf ist Deutschland nicht vorbereitet.

Von Nico Lange

Kauft einfach alle kommerziellen Drohnen von allen Herstellern der Welt und gebt sie uns!“ Diese Antwort gab mir ein ukrainischer Kommandeur auf die Frage, wie Deutschland und die EU die Ukraine weiter unterstützen könnten.

Im ersten Moment klingt das übertrieben. Zur Abwehr des russischen Angriffskriegs ist es jedoch eine vollkommen vernünftige Forderung. Drohnen sind spätestens ab jetzt in der Kriegführung ubiquitär. Angreifer und Verteidiger verwenden Drohnen in vorher unvorstellbaren, riesigen Mengen. Die unbemannten Systeme sind der sichtbarste Teil militärisch genutzter Technologien, die gerade dabei sind, die Kalkulationen von Krieg oder Frieden, Berechnungen von Kräftepotenzialen und die Wirksamkeit von Verteidigung oder Abschreckung völlig zu verändern. Während wir noch die eine

Zeitenwende erleben, wirft die nächste bereits ihre Schatten voraus.

Unsere Vorstellungen von Krieg waren bisher vor allem geprägt von den Schlachten der Napoleonischen Kriege, in denen sich gigantische Armeen auf offenem Feld begegneten, von den starren Schützengräben des Ersten Weltkriegs, von Panzerschlachten und Einkesselungen des Zweiten Weltkriegs und durch im Fernsehen live übertragene Luftschläge während der Golfkriege. Die russische Invasion der Ukraine und ihre Abwehr sind der erste Krieg der Smartphones. Durch die überall verfügbaren Videoaufnahmen, aber auch durch Satellitenbilder und Drohnenvideos erhalten Freund und Feind eine völlig neue Sichtbarkeit. Und während wir in diesen Bildern und Videos aufgrund unserer Prägungen noch immer nach erkennbaren

Frontlinien, marschierenden Truppen, Feldschlachten, Panzerformationen und Einkesselungen suchen, sind es sirrende Kamikazedrohnen, kleine, schnelle Einheiten mit leichtem Fußabdruck, Kämpfe in urbanem Gelände sowie ständige Konnektivität und Datenauswertung, oft mithilfe von Künstlicher Intelligenz (KI), die schon jetzt über den Ausgang des Krieges entscheiden.

Es fällt vor diesem Hintergrund nicht schwer, sich eine nahe Zukunft vorzustellen, in der Systeme mit Algorithmen und KI autonome Waffen antreiben, in der Angriffe gegen Energie- und Dateninfrastrukturen selbstverständliche Teile der Kriegführung sind und in der militärische Auseinandersetzungen nicht auf offenen Schlachtfeldern, sondern in dicht bevölkerten Städten voller Zivilisten stattfinden. Wir sind darauf nicht vorbereitet.

Die deutsche Reaktion auf die Zeitenwende ist bisher vor allem ein überfälliges, böses Erwachen aufgrund langjähriger Bequemlichkeit und Wunschdenken in der Sicherheitspolitik. Jetzt glauben wir, endlich gelernt zu haben, dass man in die eigene Sicherheit eben doch investieren muss. Dabei besteht die große Gefahr, dass wir jetzt militärische Fähigkeiten erwerben, die wir in den vergangenen 25 Jahren nicht finanzieren wollten und bereits vor zehn Jahren gebraucht hätten.

Doch was ist mit den Fähigkeiten, die wir in drei, fünf oder zehn Jahren unbedingt brauchen werden? Haben wir die technologischen Treiber der veränderten Kriegführung, einer anderen Logik von Verteidigung und Abschreckung wirklich bereits analysiert, verstanden und berücksichtigt? Oder werden wir mit Erschrecken schon bald eine nächste Zeitenwende erleben, wenn uns vor Augen geführt wird, dass wir mit nachholenden Investitionen, behäbigen Innovations- und Beschaf-

fungszyklen und selbstbezogenen Debatten doch nicht das Notwendige tun, um unsere Sicherheit zu gewährleisten?

Leider mehren sich die Anzeichen für Letzteres. Zwar hat Deutschland endlich den einsamen Sonderweg in Sachen Bewaffnung von Drohnen verlassen, verlor auf diesem Gebiet aber deutlich den Anschluss. Wir hängen Jahre hinter anderen zurück – und bewaffnete Drohnen sind dabei nur ein Beispiel von vielen.

Wir haben derzeit beispielsweise weder Startkapazitäten für eigene Satellitenkonstellationen, die künftig permanente Konnektivität auf den Schlachtfeldern liefern könnten, noch sammeln wir ständig und überall die Daten der eigenen Übungen und Einsätze, auf deren Grundlage wir Methoden zur Auswertung und Nutzung für die datengetriebene Kriegführung entwickeln könnten. Noch immer versuchen wir, durch theoretische Anforderungen und überdetaillierte Planungswut getriebene militärische Lösungen in Labors abseits des realen militärischen Geschehens zu entwickeln. Gerade stellen wir die Weichen für die Einführung vieler neuer, großer, komplexer und teurer Systeme in den 2030er und 2040er Jahren, wenn sie vermutlich bereits veraltet sein werden. Wenn wir aber die finanziellen Mittel jetzt auf Jahre und Jahrzehnte dafür binden, werden wir zu wenig Möglichkeiten für die Entwicklung und Einführung neuer und innovativer Militärtechnologien haben.

Die Ukraine zeigt uns in ihrer Verteidigung gerade, wie es alternativ gehen könnte. Die ukrainischen Streitkräfte entwickelten leistungsfähige Systeme für den datengetriebenen Kampf mit KI-Unterstützung innerhalb weniger Wochen und brachten sie direkt in den Einsatz. Was die Ukraine in zehn Monaten schaffte, würde in Deutschland vermutlich zehn Jahre dauern, mindestens zehnmal so viel kosten



Nico Lange ist Senior Fellow der Zeitenwende-Initiative der Münchner Sicherheitskonferenz. Er war lange in Russland, der Ukraine und den USA tätig und zuletzt Chef des Leitungsstabs des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg).

und am Ende deutlich weniger Funktionalität und Nutzerfreundlichkeit bieten.

Kurzum: Unsere Innovationszyklen, Entwicklungs- und Testzeiträume müssen radikal schneller werden. „Zeitenwende“ kann hier nur das Stichwort für grundlegende Veränderungen sein – auch mit völlig neuem Personal, einem wesentlich leichteren Zugang neuer Unternehmen und Start-ups zu Vergabeverfahren und ganz neuen Ideen im Verteidigungsbereich. Autonome Systeme, Datensammlung und -analyse ermöglichen neue Lösungen militärischer Probleme, die gänzlich andere Wege gehen als die ständige pfadabhängige Weiterentwicklung meist seit Jahrzehnten vorhandener Plattformen und Prozesse. Wer dafür offen ist und radikal in neue Lösungen einzusteigen weiß, wird künftig militärisch im Vorteil sein.

Neue Kosten-Nutzen-Rechnungen

Dabei wird der militärische Vorteil künftig auch durch andere Kosten-Nutzen-Rechnungen zu ermitteln sein. Neue Technologien verändern die Ökonomie des Krieges erheblich. Manche militärischen Hochtechnologien werden sogar zu demokratisiertem, massenweisem Verbrauchsmaterial statt zu scheckheftgepflegtem militärischem Equipment mit Einzelstückcharakter. Drohnen sind auch hier die Vorboten sich abzeichnender Entwicklungen. Schon jetzt sind Angriffe mit Massen von Drohnen sehr viel billiger als deren Abwehr. Versuche der Bekämpfung billiger iranischer, russischer oder chinesischer Kamikazedrohnen im Wert von 20 000 bis 50 000 Dollar mit Patriot-Lenkflugkörpern für vier Millionen Dollar pro Stück werden unsere künftigen potenziellen Gegner in militärischen Auseinandersetzungen vermutlich eher ermutigen als abschrecken. Wirtschaftlich sinnvollere Systeme zur Luftverteidigung müssen her, die neue

technologische Möglichkeiten nutzen und mit immer neuen Entwicklungen von Drohnen, Marschflugkörpern und Hypererschallwaffen Schritt halten.

Neue Technologien bieten grundsätzlich große Chancen, günstigere neue Lösungen für bekannte militärische Probleme zu finden. Viele Start-ups entwickeln gerade dafür kreative Ideen. Leider sind wir in Deutschland völlig unzureichend dazu in der Lage, diese Start-ups zu skalieren und in militärische Beschaffungsprozesse zu bringen. Die neuen Technologien wandern dann oft in die USA ab.

Doch wir haben neue technologische Ansätze auch aus finanziellen Gründen bitter nötig. Müssen wir beispielsweise dauerhaft auf teure, wartungsaufwendige Verbände von Panzern, Schützenpanzern und Artillerie setzen, wenn mit sehr hoher Mobilität und größtmöglicher Präzision vielleicht auch anders und billiger dieselbe militärische Wirkung erreicht werden kann? Auch hier sind die Erfahrungen der Ukraine wegweisend. Da die Verteidigungsausgaben mit anderen staatlichen Prioritäten weiter konkurrieren werden, Ressourcen immer begrenzt sind und sehr viele Bedrohungen und damit auch militärische Notwendigkeiten bestehen, können und dürfen derartige Überlegungen nicht einfach weggewischt werden, weil man jahrzehntelang anders geplant hat oder weil man trotz der realen Erfahrungen der Ukraine an die Überlegenheit der eigenen, im Übrigen nie im Ernstfall getesteten Lösungen glaubt.

*Wer radikal in neue
Lösungen einzusteigen
weiß, wird künftig
militärisch im Vorteil sein*

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die Ukraine zeigt uns mit ihrer Verteidigung gerade, wie die Entwicklung und Einführung neuer Militärtechnologien alternativ funktionieren könnten: eine über Kiew abgeschossene russische Drohne, Mai 2023.

Durch die Zeitenwende veränderte sich in Deutschland vieles. Was sich bisher leider nicht verändert hat und zu wenig öffentlich besprochen wird, ist, dass sehr viele deutsche Universitäten Gelder für militärische Forschung oder Dual-Use-Technologien nicht einmal annehmen wollen. Während die geopolitischen Rivalen sich mit gigantischen Forschungsprogrammen anschicken, sich militärische Überlegenheit, Bedrohungs- und Erpressungspotenzial zu erarbeiten, halten deutsche Universitäten an Zivilklauseln fest, nach denen die Wissenschaft „keinen kriegsrischen Zwecken“ dienen darf. Die sehr erheblichen deutschen Ausgaben für Forschung und Entwicklung helfen in anderen Bereichen bei der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, aber leider noch nicht auf dem Feld von Sicherheit und Verteidigung.

Mehr denn je braucht äußere Sicherheit aber gerade jetzt die permanente Innovation. Denn neben unserer Verteidigungsfähigkeit und der Gewährleistung

von Sicherheit geht es auch um die strategische Frage künftiger technologischer Souveränität Deutschlands und Europas. Viele Komponenten der erwähnten massenweise genutzten Drohnen stellen wir schon jetzt in Deutschland und Europa nicht her. Kriegen wir die technologische Zeitenwende nicht hin, werden wir damit leben müssen, dass einige der relevantesten Technologien für Kriegführung, Verteidigung und Abschreckung der Zukunft überhaupt nur in den USA oder in China verfügbar sein werden.

Für das kränkelnde deutsch-französische Verhältnis läge hier eine sehr lohnende Aufgabe, eine entsprechende europäische Initiative für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien anzustoßen. Denn in der Welt geopolitischer Auseinandersetzungen werden nur die radikale und schnelle Entwicklung sowie die Anwendung neuer Technologien für Sicherheit und Verteidigung künftig Krieg verhindern, Aggression abschrecken und den Frieden bewahren können. **IP**



Zeitenwende(n) ohne Ende

Deutschlands „Wort des Jahres 2022“ hat viele Bedeutungen – von der Veränderung geopolitischer Realitäten bis zur Antwort darauf. Klar ist: Die globale Zeitenwende wird erst einmal kein Ende haben – deshalb darf es unsere nationale erst recht nicht.

Von Benedikt Franke

Wir sind im Laufe unserer bisherigen „Zeitenwende on tour“-Kampagne oft gefragt worden, ob wir glauben, dass die Bundeswehr je die Fähigkeiten bekommen wird, die sie braucht; wann der Krieg in der Ukraine endlich zu Ende gehen wird; und wie sich Deutschland im drohenden Konflikt mit China positionieren sollte. Aber auch immer wieder, ob wir es mit dem Begriff der Zeitenwende nicht etwas übertreiben. Ob es sich hier nicht um eine leere Worthülse handelt, die keinerlei normativen oder deskriptiven Wert hat und die schwierigen Debatten durch ihre Schwammigkeit zur Nutzlosigkeit verwässert.

Der Begriff hat eine lange Reise hinter sich. Zuletzt schaffte er es aus einem Report der Münchner Sicherheitskonferenz im Vorfeld der Bundestagswahlen 2021 über die berühmte Rede des Bundes-

kanzlers bis zum „Wort des Jahres 2022“. Als Olaf Scholz vor knapp anderthalb Jahren erstmals von einer Zeitenwende sprach, meinte er – wie auch schon die Münchner Sicherheitskonferenz vor ihm – die rasante und einschneidende Veränderung geopolitischer Realitäten und nicht unser aller notwendige Antwort darauf. Seit seiner Rede im Deutschen Bundestag hat sich diese Unterscheidung jedoch praktisch aufgelöst.

Der Begriff wird mittlerweile sowohl zur Umschreibung des Problems als auch der Lösung verwendet, als Synonym für ein Symptom und als die Medizin zu dessen Behandlung zugleich. In der immer gängigeren Interpretation brauchen wir eine Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, um auf die globale Zeitenwende antworten zu können. Um das Ganze noch weiter

zu verkomplizieren, ist die erforderliche Zeitenwende in Deutschland damit nicht nur der Prozess, sondern auch das Ziel – wohingegen die globale Zeitenwende zwar ein Prozess ist, aber kein klares Ziel hat.

Ein Vorteil für die Debatte

Wenn auch akademisch und semantisch nicht ganz sauber, so ist diese Bedeutungsvermischung am Ende doch kein Nachteil für die sicherheitspolitische Debatte. Im Gegenteil. Damit wird endlich nicht nur in der Tiefe, sondern auch in der Breite diskutiert – weil die Logik einfach und die Begriffe einprägsam sind. Dabei schadet es sicher nicht, dass es immer der gleiche Begriff ist, ob für die Umwälzungen in der internationalen Ordnung oder die enormen Veränderungen bei den nationalen Strukturen, Prozessen und Strategien, die notwendig sind, um diesen Umwälzungen erfolgreich begegnen zu können. Zeitenwende passt immer.

Dass das Wort damit nicht nur einem, sondern gleich mehreren komplexen Themen eine griffige Bezeichnung gegeben hat, ist nur einer der Vorteile. Dass es sich trefflicher streiten und handeln lässt, wenn man ein konkretes Narrativ hat, auf das man sich beziehen kann, ist ein anderer – und mit dem Begriff Zeitenwende geht nun einmal ein solches Narrativ einher. Das, und noch viel mehr, spricht dafür, den Begriff, der sich mittlerweile nicht nur in der deutschen Debatte, sondern weltweit etabliert hat, auch weiter zu verwenden. Der wichtigste Grund jedoch ist, dass es sich noch lange nicht „ausgewendet“ hat – tatsächlich haben wir noch nicht mal richtig angefangen, eine Wende herbeizuführen – und uns die schwierigen Entscheidungen erst noch bevorstehen.

Mit der „Zeitenwende-Rede“ des Bundeskanzlers ging ein hörbares Aufatmen durch große Teile der Welt. Man glaubte,

Deutschland hätte es endlich verstanden: Verstanden, dass es mehr für seine eigene Sicherheit tun (und zahlen) muss. Verstanden, dass sich diese eigene Sicherheit nicht von der seiner Nachbarn und Alliierten trennen lässt. Und verstanden, dass seine lieb gewonnenen wirtschaftlichen Beziehungen und Modelle vielfach zu Abhängigkeiten geführt haben; die drohen, der internationalen regelbasierten Ordnung den Boden unter den Füßen wegzuziehen, indem sie revisionistischen Regimen die Mittel an die Hand geben, ihre eigenen, oft konträren Interpretationen dieser Ordnung zu verwirklichen. Die Zeitenwende wurde so zum hoffnungsgeladenen Begriff in vielen Hauptstädten und Hauptquartieren rund um die Welt.

*Es hat sich noch lange
nicht „ausgewendet“ –
tatsächlich haben wir noch
nicht einmal richtig
angefangen, eine Wende
herbeizuführen*

Seit dieser kraftvollen Rede hat sich viel getan, aber noch nicht genug, um wirklich schon von „Wendezeiten“ sprechen zu können – so nannten wir ursprünglich in unserem Munich Security Report von 2020 den Anpassungsprozess, der auf die Zeitenwende folgen muss (bevor auch dafür alle den Begriff Zeitenwende verwenden). Viele mögen zwar verstanden – und, noch wichtiger, vielleicht sogar schon verinnerlicht – haben, dass wir dringend und substanziell auf die globale Zeitenwende reagieren müssen. Aber das zeigt sich bisher nur vereinzelt in angepassten Strukturen und Prozessen. Aktuell schei-



Dr. Benedikt Franke

ist stellvertretender Vorsitzender und Chief Executive Officer der Münchner Sicherheitskonferenz.

Weitsicht und Mut sind gefragt, eine belastbare Übereinkunft zwischen Politik und Bevölkerung ebenso

nen wir noch näher an der „Zeitlupenwende“ zu sein, die der Politikwissenschaftler Carlo Masala konstatiert hat, als an der „Deutschland-Geschwindigkeit“ von Olaf Scholz.

Das hat natürlich viele Gründe, allen voran, dass es sich stets freier denken und leichter reden als tatsächlich machen lässt; aber auch, dass es gewaltige Widerstände zu überwinden gilt. Strukturreformen sind nie leicht, aber ganze Wirtschaftssysteme und politische Prioritäten zu einem Zeitpunkt umzukrempeln, zu dem Klimaneutralität und die grüne Transformation bereits erhebliche Einschnitte erzwingt, erfordert nicht nur politische Weitsicht und Mut, sondern auch eine belastbare Übereinkunft zwischen Politik und Bevölkerung.

Denn ohne die Rückendeckung der Gesellschaft, ohne ein tiefes Verständnis für die Zusammenhänge und Dilemmata, und ohne die damit einhergehende demokratische Legitimation lassen sich die notwendigen, oft schwierigen und teuren Veränderungen kaum durchsetzen.

Der Widerstand wächst

Auch wenn man im Laufe unserer „Zeitenwende on tour“-Kampagne oft den Eindruck gewinnen konnte, die Bürgerinnen und Bürger seien in den Denkprozessen zur Zeitenwende weiter als viele Politikerinnen und Politiker, so werden doch die Warnsignale lauter, dass der Widerstand wächst – von dem besorgniserregenden Erstarken populistischer Parteien

im Osten zu ersten Ermüdungserscheinungen im politischen Berlin.

Allein deshalb werden wir die „Zeitenwende on tour“ fortsetzen. Wir wollen weiter für Unterstützung werben und die Hintergründe und Zusammenhänge erklären. Und wir wollen weiter die Fragen der Bürgerinnen und Bürger nach Berlin tragen, damit sie in Entscheidungen berücksichtigt werden können. Dazu werden wir über das kommende Jahr noch intensiver versuchen, mit denen ins Gespräch zu kommen, die schwerer erreichbar sind oder weniger Gehör finden – ob im Metaverse oder auf TikTok, ob in Bürgersälen oder bei Betriebsversammlungen, ob am Rande des Ökumenischen Kirchentags oder auf Industriemessen.

Es gibt viele, die noch erreicht und eingebunden werden müssen. Dass wir dazu nur einen kleinen Beitrag leisten können, und dass es deutlich größerer und langfristiger angelegter gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen bedarf, um derzeitige und zukünftige Skeptiker zu überzeugen, ist uns dabei vollkommen klar. Das macht unseren aktuellen Versuch aber nicht weniger sinnvoll.

Es gilt aber nicht nur um Unterstützung zu werben, sondern die Bundesregierung auch regelmäßig an die notwendigen Maßnahmen zu erinnern und die Einhaltung bereits gemachter Versprechen einzufordern. Wir wollen damit nicht nur Transmissionsriemen zwischen Politik und Gesellschaft sein, sondern auch Teil sein der „Zeitenwendebeobachter“, wie der französische Sicherheitsexperte Camille Grand diejenigen nennt, die den Anpassungsprozess begleiten und vorantreiben. Denn nichts würde unseren Bemühungen um einen Wandel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mehr entgegenlaufen als eine Wende in der Zeitenwende. **IP**

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur

Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Leitung und Konzept

Dr. Henning Hoff

Redaktion

Uta Kuhlmann, Dr. Joachim Staron,
Projektmanagement: Charlotte Merkl,
Louisa Walkenbach
Redaktionelle Mitarbeit: Alessia Di Rosa

Layout

Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP

Dr. Thomas Enders, Präsident
Rolf Nikel, Vizepräsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika
Dr. Thomas Bagger
Carsten Berger
Prof. Dr. Veronika Grimm
Geraldine Schroeder
Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Dr. Guntram Wolff, Direktor
Martin Bialecki, Chefredakteur
Dr. Monika Lücke, COO

Marketing und Anzeigen

Charlotte Merkl
merkl@dgap.org
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146

Druckerei

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16 | 49074 Osnabrück

Pressevertrieb

IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise

mehrmals jährlich

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studierendenabonnement	73,00 €
Studierendenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten
und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage.
Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf
des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
gelten besondere Bezugspreise.

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund
um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP
erreichen Sie uns unter:**

IP Abonentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?

Die Mitgliederbetreuung, die für die
Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig
ist, erreichen Sie unter:
DGAP e.V.

Mitgliederbetreuung/Dr. Steffen Zorn
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 205
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
zorn@dgap.org

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

31. Mai 2023

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X



Bildnachweis

S.18: REUTERS/Christian Mang; S.24: REUTERS/
Pavel Klimov; S.33: J.Denzel-S.Kugler / Büro des
Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck; S.45:
REUTERS/Johanna Geron/Pool; S.49: REUTERS/
Alina Yarysh; S.55: REUTERS/Gleb Garanich
Alle weiteren Bilder: MSC/Kuhlmann

Das Projekt „Zeitenwende on tour“ wird gefördert von



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

Unterstützt von

